Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Kaden & Comp., Nr. 1266.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Trägerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Kolonelzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Druckfehlerbeilegung [illegible]

Nr. 4 | Dresden, Donnerstag den 6. Januar 1921 | 32. Jahrg.

Sturmszene im Landtag

In der heutigen Sitzung des Landtages, die nachmittags gegen 1 Uhr begann, kam es zu wüsten und unbeschreiblichen Lärmszenen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellte der Abg. Kommunist Siewert den Antrag, die Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen. Er machte dann der Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen den Vorwurf, daß sie dem Antrag der Kommunisten trotz erfolgter schriftlicher Aufforderung nicht stattgegeben hätten und folgerte daraus, daß die beiden genannten Fraktionen nicht gewillt wären, für die Erwerbslosen einzutreten. (Stürmischer Widerspruch bei den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten.)

Abg. **Müller**, Leipzig, ruft: Unverschämtheit! Der Präsident schlägt fortgesetzt mit dem Hammer auf den Tisch. Es herrscht ein ungeheurer Lärm im ganzen Hause, so daß die Ausführungen des Redners teilweise vollständig verlorengehen, und auf den Tribünen wird Beifall geklatscht.

Präsident **Fräßdorf** erklärte, daß er dem Antrag der Kommunisten nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung gar nicht entsprechen könne. Uebrigens hätte der Kammervorstand beschlossen, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Dienstagsitzung zu setzen, und zwar in Verbindung mit einem bereits älteren Antrag der Mehrheitssozialdemokraten, der sich ebenfalls mit der Erwerbslosenfürsorge befaßt. Die Kommunisten wüßten übrigens doch, daß die sächsische Regierung gar nicht in der Lage sei, ihrem Antrag zu entsprechen, da die Sache über das Reich gehe. Die Kommunisten würden also schneller zum Ziele gekommen sein, wenn sie sich an das Reich gewandt hätten.

Abg. **Fellisch** (Soz.) stellt fest, daß der Brief der Kommunisten erst heute vormittag in seine Hände gelangt sei, und eine Fraktionssitzung darüber überhaupt noch gar nicht stattfinden konnte. Deshalb läge durchaus keine Veranlassung vor, der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf eines illoyalen Verhaltens gegenüber den Erwerbslosen und eines absichtlichen Uebergehens der Wünsche zu machen. Er stellt auch gegenüber den Kommunisten fest, daß die Behauptung der Kommunisten, einer Erwerbslosendeputation wäre der Zutritt zum Landtagsgebäude verweigert worden, nicht richtig ist. Die Erwerbslosendeputation sei bereits im Hause.

Der Minister des Innern **Lipinski** verteidigt die Anordnung der polizeilichen Absperrung des Landtagsgebäudes. Abg. der Unabhängige **Müller**, Leipzig, sagt den Kommunisten, der Hauptzweck ihres heutigen Vorgehens wäre doch nicht, den Erwerbslosen zu helfen, sondern für engherzige Parteiinteressen die Situation auszunutzen und die Erwerbslosen vor ihren Karren zu spannen. Die weitere Sitzung wird von Tumult- und Lärmszenen unterbrochen und der Kommunist **Renner** fordert auf, die im Hause aufgestellten Gewehrpyramiden zu entfernen. Er stellt den Antrag, die Erwerbslosendeputation anzuhören und die Polizeikette vor dem Landtagsgebäude zu beseitigen, im andern Falle sie an den Beratungen nicht mehr teilnehmen würden. Als die Anträge abgelehnt werden, erhebt sich im Hause und auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm. Die Kommunisten verlassen den Saal, während die Tribünenbesucher sich weigern, entsprechend der Aufforderung des Präsidenten den Saal zu verlassen. Infolgedessen muß die Sitzung unterbrochen werden.

* * *

Die Demonstrationen der Erwerbslosen

Die Erwerbslosen von Dresden und Umgebung veranstalteten heute drei große Versammlungen mit anschließender Demonstration.

Trotzdem der Arbeitererwerbslosenrat ausdrücklich bekanntgemacht hatte, daß die Demonstrationen nur von den Erwerbslosen auszuführen seien und Arbeitende in den Betrieben bleiben sollten, [illegible] die K. U. P. D. [illegible], auf denen die Arbeitenden aufgefordert wurden, ihre Arbeitsstelle zu verlassen und sich an der Demonstration zu beteiligen. Die K. P. D. hat diese Handzettel [illegible] mit „Erwerbslosenrat“ unterzeichnet. In einer Notiz ist an die Unabhängige Auffassung [illegible] bezeichnet, daß der Dresdner Erwerbslosenrat als einen offensichtlichen Mißbrauch seines Namens, den [illegible] der Arbeiter [illegible] sollte.

Die Erwerbslosen des [illegible] Grundes kamen heute vormittag durch die [illegible] Straße über die [illegible] und dem [illegible] einige [illegible], die Schilder und Fahnen mit sich führten. Der Anmarsch verlief völlig ruhig. Auch die Versammlungen, die im [illegible], im [illegible] und in den [illegible] der früheren [illegible] stattfanden und sämtlich überfüllt waren, [illegible] (Ref. [illegible], Leipzig. Nach der Ansprache der Redner über das [illegible] für den [illegible] Grund die Versammlung, und bei der folgenden Demonstration völlig

ruhig zu verhalten und sich durch eventuelle Provokationen nicht irre machen zu lassen. Die Versammlungen gingen kurz nach 12 Uhr zu Ende. Die Teilnehmer formierten sich zu geschlossenen Zügen, die von zahlreichen Ordnern mit weißen Armbinden geführt wurden. Die Teilnehmer der Versammlung im Artushause zogen etwa 12½ Uhr in vollständiger Ordnung an der Dresdner Volkszeitung vorüber und bogen, da die Wettinerstraße durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt war, am Wettinerplatz in die Stiftsstraße ein.

•

Erwerbslosenkundgebungen in Hamburg. Die Erwerbslosenfraktion der Kommunisten hatte die Erwerbslosen und die Arbeiterschaft zu vier Demonstrationsversammlungen einberufen, in denen über das Thema: Die Erringung der politischen Macht, gesprochen wurde. Die stark besuchten Versammlungen sollten mit **Demonstrationszügen** nach dem Rathause ihren Abschluß finden. Die Züge wurden in der Nähe der Versammlungslokale durch Sicherheitspolizei zerstreut. Zu blutigen Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Eine Anzahl Rädelsführer wurde verhaftet. Ein Polizist wurde verprügelt, ein Oberleutnant durch Messerstiche schwer verletzt.

Frankreichs Kohlenerpressungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Januar. Einer der wichtigsten Punkte, mit dem die Franzosen am Jahresende auf die Nichterfüllung des Spaer Abkommens hingewiesen hatten und mit Repressalien drohten, ist von der Reparationskommission fallengelassen worden. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, hat die Reparationskommission mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten, die Deutschland einerseits mit dem niederen Wasserstand des Rheines, andererseits mit dem sich am Jahresende stets fühlbar machenden Mangel an Wagenmaterial geltend gemacht hatte, Deutschland zugestanden, daß die rückständigen 200 000 Tonnen Kohlen in den Monaten Februar und März, natürlich außerhalb der Normallieferung, nachgeliefert werden können. Andererseits wird ein Vorschlag über die neue Lieferung nach Ablauf des Spa-Abkommens dahin gemacht, daß monatlich 2,2 Millionen Tonnen geliefert werden sollen. Wenn deutscherseits auf die Transportschwierigkeiten hingewiesen werden sollte, so schlägt die Reparationskommission vor, die Rückstände sollten am Lagerplatz der Kommission zur Verfügung gestellt und als geliefert anerkannt werden.

Staatssekretär **Bergmann** wies in Paris darauf hin, daß wir nicht imstande wären, von dem Standpunkt, den wir im Spa-Abkommen zu unserer Leistungsfähigkeit eingenommen hätten, abzukommen. Dann wies er auf die Lage der deutschen Metall-, Textil- und chemischen Industrie hin, die sich auf Braunkohlenbewirtschaftung habe umstellen müssen. Auch die Ernährungslage der Bergarbeiter sei noch immer ungünstig. Französischerseits sind Bestrebungen im Gange, entgegen den Zusagen von Spa unsere Kohlenlieferungen aus Oberschlesien zu kürzen. Ferner besteht keine Neigung mehr, die Vorschüsse und die Goldmarkprämie, die zur Anschaffung von Brotgetreide verwandt wird, weiter zu zahlen. Deutscherseits wird man versuchen, die Alliierten davon zu überzeugen, daß die neuen Forderungen weit über Mögliches hinausgehen.

Oesterreich und Westungarn

Nach privaten Mitteilungen erklärte Bundeskanzler Mayer in der vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses, die österreichische Regierung habe von der Entente die Zusicherung erhalten, daß die Uebergabe Westungarns sich vollkommen reibungslos vollziehen werde. In der Debatte wurde Beschwerde darüber geführt, daß starke Truppenansammlungen in Westungarn vorgenommen worden sind, was auch durch folgende Meldung bestätigt wird:

Wien, 6. Januar. An maßgebender Stelle liegen Dokumente darüber vor, daß Ungarn große Truppenteile in Westungarn konzentriert hat, die mit offensiven Zielen gegen Deutschösterreich aufgestellt sind. Insgesamt sind 35 000 Mann unter dem Kommando von 3000 Offizieren konzentriert. Die Budapester Zensur, die sonst sehr scharf arbeitet, läßt allen Aufforderungen zum Kriege gegen Deutschösterreich freien Lauf.

Das erwachende Beamtentum

Von W. Kreisel, Oberpostsekretär.

Das deutsche Beamtentum ist in einer gewaltigen inneren Bewegung. Die Erscheinungen, die sich in den letzten Monaten an der bisher so träge sich dahinfließenden Masse der Beamtenschaft offenbarten, stellen alle seitherigen Begriffe von diesem Stande auf den Kopf. Es will den Leuten, die gewohnt waren alle Dinge, die sich in unseren Zeiten abspielten, von der Warte obrigkeitlicher Anschauung zu betrachten, nicht in den Kopf, daß der Streikgedanke sich innerhalb der Beamtenschaft Bahn bricht. Und doch ist der Streikgedanke nur ein einziges äußerlich sichtbares Zeichen von der geistigen Umstellung des deutschen Beamtentums. Das Beamtentum nähert sich in seiner geistigen Umstellung dem Standpunkt des Arbeitnehmertums. Die Beamten haben von den Arbeitern gelernt. Und es besteht alle Hoffnung, daß sie auch weiter von der Arbeiterschaft nicht nur in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung lernen werden.

War in früheren Zeiten der Begriff einer Gewerkschaft für die Beamten etwas, was nur aus der Ferne mit einer gewissen Ahnung betrachtet wurde, so sieht man heute, daß bei allen Beamtenorganisationen das Bestreben besteht, zu einer Gewerkschaft zu werden. Darauf deuten nicht nur die Namen der Verbände: Eisenbahn-Postgewerkschaft usw. hin, darauf weist auch die Tendenz, sich zu immer größeren Organisationen zusammenzuschließen, um eine Macht darzustellen. Die neugebildete Postgewerkschaft ist dafür ein prachtvolles Beispiel. Die Beamten bringen damit ihre Organisationen rein äußerlich in Parallele zu den Gewerkschaften der Arbeiter. Die Haltung der Regierung in Besoldungs- und andern Fragen [illegible] Zeit haben im Beamtenkörper einen gewissen Radikalismus hervorgerufen, der nach Betätigung drängt und gleichzeitig nach neuen Erscheinungsformen sucht. Der Veredelungsprozeß schreitet auch im Beamtentum schnell vorwärts. Die sozialen Gegensätze, die nach dem Kriege schärfer als je in die Erscheinung getreten sind, haben auch die Beamten nicht unberührt gelassen. Auf der einen Seite sieht der Beamte das Prasser- und Schlemmertum großer Volkskreise, das in den Enthüllungen über die Zustände in Berliner Hotels so recht deutlich seinen Ausdruck fand, auf der andern Seite muß ein Regierungspräsident erklären, daß Kinder seiner Beamten seit langem ohne Hemd zur Schule gehen. Auf der einen Seite Millionengewinne, auf der andern Mangel an Mitteln, um das Notwendigste kaufen zu können.

Der Arbeitgeber des Beamten ist der Staat. Der Staat aber ist das Volk. Zum Volk gehören aber gleichzeitig jene Wucherer und Schieber sowie jene Geschäftsleute und Schlemmer, wie aber auch [illegible] darbende Beamte und Arbeiter. Der Beamte hat in den Schützengräben den Arbeiter als [illegible] und treuen Kameraden achten und schätzen gelernt. Er hat aber auch Kriegsaristokratie und Offizier von ihrer nacktesten menschlichen Seite gesehen und damit die Scheu vor beiden Menschenklassen verloren. Und dem Beamten will es nun nicht mehr in den Kopf hinein, daß er mit dem Arbeiter hungern und darben soll, während jene andern Kreise mit der [illegible] Menschenverachtung, die bereits vor dem Kriege ein Merkmal der besitzenden Klasse war, achtlos an ihrer Not vorbeigehen. Der Beamte sieht das Geld, das ihm fehlt zur Fristung seines Lebens und der Linderung der Not seiner Familie, buchstäblich auf der Straße liegen. Er sieht es in Strömen Sekt vergeudet. Er sieht es in kostbaren Kleidern und Pelzen verschwendet, er sieht es in Hotels verschlemmt, in Dielen und Bars verjubelt. Das Geld, das dem Staat gehören müßte, das der Staat beschlagnahmen müßte, sieht er nutzlos verrinnen, während seine Familie bittere Not leidet und während jene herzzerreißenden Plakate „Kinder in Not“ an allen Enden das grauenvolle Elend eines ganzen Volkes in die Welt schreien.

Alle diese Erscheinungen gehen nicht spurlos an dem Beamtentum vorüber. Der deutsche Beamte, der im Kriege den Begriff „Volk“ kennen gelernt hat, der die ganze Not mit tragen muß, die der unselige Krieg über dieses Volk heraufbeschworen hat, lernt denken. Er fängt an, sich mit darüber den Kopf zu zerbrechen, wie wir unsere Schuldenlast verringern können, wie wir das Leben des ganzen Volkes erträglich gestalten können, und wo wir die Mittel dazu hernehmen sollen. Kurz, der Beamte beginnt sich mit dem Problem der Güterverteilung zu befassen. Wohin ihn das führt, das wissen wir Sozialisten am besten. Noch sehen wir in Beamtenkreisen jene Zustände von Grübeleien, die darauf hinzielen, ohne den Sozialismus die Güterverteilung zu regeln. Aber mehr und mehr bricht sich die [illegible] Bahn, daß alle jene [illegible] „Vorschläge“, mögen sie sich nun mit der Drehung der Zinsschraube [illegible] oder mit einer Bodenreform befassen, nicht dahinführen, das deutsche Volk von dem ganzen Elend zu befreien, in das es eine kapitalistische Wirtschaftsweise hineingebracht hat. Das deutsche Beamtentum nähert sich in seiner Denkweise mehr als bisher dem reinen Arbeitnehmerstandpunkt. Es lernt erkennen, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die „Expropriation der Expropriateure“ notwendig ist, um der Gesellschaft die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um wirklich soziale Reformen durchzuführen und um auch den Beamten ein auskömmliches Dasein zu gewährleisten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210106/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Beamtenschaft erkennt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeitnehmerkreise, der nur möglich ist auf politischem Boden. Sie erkennt aber auch, daß keine Partei außer der sozialistischen den Arbeitnehmerstandpunkt rein zu vertreten vermag, [illegible] da alle anderen Parteien mit kapitalistischen Interessen durchsetzt sind. [illegible] bürgerlichen Parteien [illegible] Arbeitnehmerflügeln und ihren kapitalistischen Gruppen [illegible] Dokumenten- und Produzentengruppen [illegible] Anteil an der [illegible] Parteien [illegible]. Noch ist es nicht lange her, [illegible] „Proletarier" [illegible] der Beamtenvereinigung [illegible]. Das Vordringen des Beamtentums [illegible] zur sozialdemokratischen Partei [illegible] „Beamtenradikalismus". Es mehren sich die Angriffe gegen den „Beamtenradikalismus" [illegible] Deutsche Zeitung und die „[illegible]" [illegible] Beamten [illegible] Not der Beamtenschaft [illegible] bürgerliche Zeitung hat den Mut, offen zu [illegible], daß es anders sein könnte, wenn das Kapital nicht die Tendenz hätte, sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen [illegible] auf die Knochen [illegible]. Die Löhne von den [illegible] Arbeiterlöhnen ist dieser Tage durch die Entente festgelegt worden durch die Frage, wie das Deutsche Reich die [illegible] mit den niederen Arbeiterlöhnen [illegible]. Die Antwort darauf ist sehr einfach. Die Gewinne fließen in die Taschen der Großindustriellen, die es verstehen, aus dem Mark der deutschen Arbeiterschaft unerhörte Dividenden herauszupressen und gleichzeitig die Einziehung berechtigter Steuern zu hintertreiben verstanden. Keine bürgerliche Zeitung hat [illegible] den Mut, dies offen zu bekennen. Das entgeht nicht dem [illegible] Beamtentums. Die Blicke der Beamten aus den bürgerlichen Parteien [illegible]. Die Sozialdemokratische Partei hat weit ihre Arme geöffnet. Sie nimmt alle [illegible] Kreise des Beamtentums in ihrem Schoße auf [illegible] einer besseren Zukunft mit gewissen [illegible] Schulter an Schulter mit ihren Brüdern im Arbeiterkittel zu führen. Diejenigen aber, denen das Auge noch geblendet ist von den Anschauungen eines verflossenen Zeitalters, müssen aufgerüttelt werden zum Erwachen und zum Bewußtsein ihrer [illegible] Pflicht.

Hoffnungsvoll kann der deutsche Beamtentum seinem Volke voranschreiten als Träger wirklicher Kultur für die gesamte Menschheit.

Einigung mit den Eisenbahnern

Gestern wurde in später Abendstunde nach fast zehnstündigen Verhandlungen zwischen dem Schiedsgerichtsausschuß der Eisenbahner und dem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums eine Verständigung über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter erzielt, wodurch die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks hoffentlich beschworen worden ist. Den Eisenbahnern wurde eine Erhöhung ihrer Bezüge entsprechend der Ortsklasseneinteilung zugebilligt. Sie erhalten eine Erhöhung in der Ortsklasse A um 70 Prozent, B um 60 Prozent, C um 60 Prozent und D und E um 55 Prozent. Die Regierung wollte ursprünglich eine Erhöhung für die Ortsklassen D und E nicht vornehmen, doch erklärte sie sich schließlich auch zu diesem Zugeständnis bereit. Für die Eisenbahnarbeiter wurden folgende Erhöhungen pro Stunde zugestanden: Ortsklasse A 50, B 40, C 30, D und E 10 Pf. Für die Beamten gilt die Regelung vom 1. Januar d. J. ab. Für die Arbeiter soll in mäßigen Grenzen durch weitere Ueberteuerungszuschüsse in durch hohe Industrielöhne besonders beeinflußten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden. Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärten sich mit den vom Reichsverkehrsministerium gemachten Vorschlägen einverstanden, doch kann die Abmachung erst nach der Rückkehr des Ministers Wirth aus Freiburg bindende Kraft erhalten. Unterstaatssekretär Stieler sagte den Vertretern der Beamten jedoch zu, daß das Reichsverkehrsministerium sich mit aller Kraft für die Durchführung der Vereinbarungen einsetzen werde. Im Rahmen der Konferenz wurden noch eine Reihe andrer Fragen besprochen. Es wurde den Beamten zugesichert, daß keine Maßregelungen erfolgen würden.

Der Vorwärts teilt zu der erzielten Verständigung mit den Eisenbahnern eine überaus interessante Vorgeschichte mit. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden sitzenden Chefs des französischen Eisenbahnwesens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, der den Streik dazu benutzen wollte, das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiete französisch zu militarisieren und eventuell auch zwecks Kohlenversorgung nach dem Ruhrrevier militärisch hinüberzuleiten. Das Bekanntwerden dieses Planes dürfte es gewesen sein, das die Regierung dazu bestimmte, in ihren Zugeständnissen weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Der Protest gegen die getrennte Abstimmung

Die deutsche Regierung hat den Ententeregierungen eine Note überreichen lassen, in der dagegen protestiert wird, daß bei der Abstimmung in Oberschlesien für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier ein anderer Abstimmungstermin festgesetzt wird, wie für die dort wohnenden. Die deutsche Regierung beruft sich dabei auf die Bestimmungen des Friedensvertrages, ferner führt sie aus, daß ein vorzeitiges Bekanntwerden des Resultates des ersten Abstimmungstages nicht zu verhindern sein und dadurch der Ausfall der zweiten Abstimmung beein-

stellt werden würde. Diejenigen, die bereits abgestimmt hatten, würden alles daran legen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zureisenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Es sei deshalb [illegible] Schließlich [illegible] liche Verhandlungen über die Abstimmungsfrage [illegible] möchten.

Das Reglement für Oberschlesien

Das Reglement für die Abstimmung in Oberschlesien, das jetzt veröffentlicht worden ist, stellt ganz offenbar ein Kompromiß zwischen zwei Strömungen dar, wobei diejenige, die das Glück zugunsten der Polen zu korrigieren beabsichtigt, nicht unwesentliche Erfolge davongetragen hat. Diese Erfolge bestehen darin, daß der Kreis der Abstimmungsberechtigten gegenüber den Zugewanderten eingeschränkt, und die Abstimmungsberechtigten selbst in verschiedene Klassen eingeteilt worden. Nach § 4 des Anhanges zu Artikel 87 des Friedensvertrages ist stimmberechtigt, wer über 20 Jahre alt und im Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort seinen Wohnsitz hat. Die lange Unklarheit, ob die nicht im Abstimmungsgebiet Geborenen zur Erwerbung des Stimmrechts [illegible] notwendig ist, sollte nach diesem Paragraphen später von der interalliierten Kommission beseitigt werden. Diese Beseitigung ist nun in dem Sinne erfolgt, daß stimmberechtigt nur derjenige ist, der seit Neujahr 1904 dauernd in Oberschlesien wohnt. Den zahlreichen deutschen Arbeitern und Angestellten, die nach 1904 in Oberschlesien eine neue Heimat gefunden hatten, wird damit das Wahlrecht entzogen.

Die Stimmberechtigten werden ferner klassifiziert, es wird unterschieden zwischen geborenen Oberschlesiern, die noch in Oberschlesien wohnen, und solchen, die ihre Heimat verlassen haben, ferner zwischen Eingeborenen, Zugewanderten, Ausgewiesenen. Anscheinend sollen diese Kategorien getrennt in verschiedenen Lagern abstimmen. Dabei muß schon jetzt gegen jeden etwaigen Versuch protestiert werden, die Stimmen nach ihrer Klassifizierung verschieden zu bewerten. Der Friedensvertrag enthält auch nicht die leiseste Andeutung dafür, daß das Recht, das allen Stimmberechtigten zuerkannt wird, nach Kategorien abgestuft werden könnte, es müssen daher alle Stimmen gleich ins Gewicht fallen, ob sie von Eingeborenen oder Zugewanderten, Aufsässigen oder Nichtaufsässigen abgegeben werden.

Trotz diesen Erschwerungen blicken wir mit voller Zuversicht in den Kampf, der sich nun dem Höhepunkt nähert und jedenfalls im Frühjahr dieses Jahres seine Entscheidung finden wird. Die oberschlesische Bevölkerung ohne Unterschied der Muttersprache weiß, was die Zugehörigkeit zum großen arbeitsamen Deutschland für sie bedeutet. Sie weiß aber nicht, was aus ihr in einem Staate Polen werden wird, dem weder sie selbst noch jemals ihre Vorfahren angehört haben. Sie weiß, daß sie den unüberlegten Schritt zu Polen, wagt sie sich zu ihm entschließen, gleichgültig wie ihr ferneres Schicksal wäre, niemals zurück tun könnte. Zudem wird ein demokratischer Bundesstaat Oberschlesien, der nach einer Abstimmung zugunsten Deutschlands errichtet werden muß, das Wort „Oberschlesien den Oberschlesiern!" zur Wahrheit machen und den polnischen Oberschlesiern die freieste Entwicklung ihrer eigenen nationalen Kultur gewährleisten. Wir werden den Oberschlesiern, die bei uns bleiben wollen, helfen, ihren Willen durchzusetzen, das ist unser Recht und unsere Pflicht, und zu diesem Ziel muß ein jeder seine volle Schuldigkeit tun!

Ein neuer Mahnruf Nittis

Rom, 6. Januar. Im Teatro della Carlina veröffentlicht Nitti einen neuen Artikel über die europäische Wirtschafts- und Finanzlage. Nitti hält die allgemeine Situation für sehr ernst und führt aufs neue aus, daß Deutschland unmöglich [illegible] Schlusse spricht Nitti die Hoffnung aus, daß nur, wenn die ver-änderten Summen, auf die man rechnet, zahlen könne. Im einigen Staaten, England und Frankreich auf ihre Ansprüche verzichten würden, Europa vor einer Katastrophe bewahrt werden könne.

Die Januar-Konferenz

Paris, 6. Januar. Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens zur Beratung über die Entwaffnung Deutschlands und die andern schwebenden Fragen der hohen Politik soll am 19. Januar in Paris stattfinden. Erst nach dieser Beratung werden die Verhandlungen in Brüssel wieder aufgenommen.

Zehn Fragen an Deutschland

Aus Brüssel verlautet, daß die Sachverständigenkonferenz, die am 10. Januar stattfinden sollte, auf den 15. Januar verschoben worden ist, weil beide Parteien noch weiteres Material beschaffen müssen. Der Korrespondent des Nieuwe Rotterdamsche Courant sagt, die Deutschen würden auf zehn Fragen antworten müssen.

1. Welche Maßnahmen hat Deutschland getroffen bei der Aufstellung des diesjährigen Budgets, die Herstellung des Gleichgewichts anzustreben?
2. Welche erhöhten Steuereingänge hat Deutschland in den nächsten zwei oder drei Jahren zu erwarten?
3. Wie stellt sich der wirkliche Preis der Steinkohlen für Industrie und Hausbedarf?
4. Wie hoch sind die Verluste, welche Deutschland erlitten hat durch die Beschlagnahme seines Nationalbesitzes?
5. Wie steht die deutsche Handelsbilanz?
6. Wie hoch ist der richtige Betrag der Ausgaben für Besetzung?
7. Wie hoch sind die Kosten der deutschen Verwaltungsbehörden im Reiche, und wie groß ist die Zahl der Beamten und Angestellten? Ist diese in der letzten Zeit sehr erhöht worden und in welchem Verhältnis?
8. Welches sind die Kosten der deutschen Verluste, und [illegible] geschieht, die Preise der eingeführten Waren niedrig zu halten?
9. Welche Politik betreibt die Deutsche Regierung mit Bezug auf die Inflation des Geldumlaufs?

Die zehnte Frage betrifft die Vorschüsse, die die Alliierten nach der Uebereinkunft von Spa zugestanden haben. Diese ist aber bereits erledigt.

Am 17. Januar

Berlin, 5. Januar. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Staatssekretär Bergmann und dem Ministerpräsidenten a. D. Delacroix beginnen die Besprechungen der Brüsseler Konferenz am 17. Januar von neuem.

Tarifabkommen in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie

Greiz, 5. Januar. In der Textilindustrie sind die neuerlich eingeleiteten Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen. Zwischen der Arbeitsgemeinschaft des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien und der Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien einerseits sowie dem Deutschen Textilarbeiterverband, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein andererseits ist ein Abkommen getroffen worden, daß in der Textilindustrie Teuerungszulagen zunächst bis zum 31. März 1921 gewährt werden. Damit beträgt jetzt der Stundenlohn für Facharbeiter über 20 Jahre 5.55 M., für Facharbeiterinnen 4.80 M.

Schwere Blutopfer in Flensburg

Dem Vorwärts wird aus Kiel gemeldet:

Anläßlich der Beerdigung des von der Schutzpolizei erschossenen Kommunisten Erich Hoffmann ist es am Dienstag abend gegen 10 Uhr in Flensburg zu einer Demonstration gekommen, bei der, wie bisher bekannt, neun Tote und 22 Verwundete zu beklagen sind. Sämtliche Ausschreitungen sind auf das Konto der Kommunistenführer zu setzen, die sich in einer gemeinsamen Vertrauensmännerversammlung mit unserer Partei verpflichtet haben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, aber später die Menge zu einem sinnlosen Sturm auf die Kaserne aufputschten. Wir geben im folgenden die amtliche Darstellung der Vorgänge durch das Oberpräsidium. Dabei bemerken wir, daß die Darstellung vollkommen übereinstimmt mit der Auffassung sämtlicher parteigenössischen Augenzeugen.

Am 4. Januar 1921 haben bei der Beerdigung des am 29. Dezember anläßlich seiner Festnahme erschossenen Monteurs Hoffmann in Flensburg die Kommunisten, darunter aus Hamburg herbeigeeilte Führer, am Grabe aufhetzende Reden gehalten, durch die die Menge aufgefordert wurde, gegen die Schutzpolizei vorzugehen. Flugblätter des gleichen Inhalts sind unter die Teilnehmer an der Beerdigung verbreitet worden. Von rund 7000 Teilnehmern hat indessen der größte Teil sich nicht verhetzen lassen, sondern ist nach der Beerdigung nach Hause gegangen. Nur etwa 300 bis 400 Personen sind in geschlossenen Trupps vor die Kaserne der Schutzpolizei gezogen und haben dort unter Absingung revolutionärer Lieder auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg demonstriert. Nachdem die Menge drei Stunden die Polizei auf diese Art in der Kaserne belagert hatte, wobei ein Versuch, das Tor zu stürmen, durch Spritzen mit einem Schlauch verhindert worden war, zogen die Demonstranten ab und hielten zwei Versammlungen ab. Beider Lokale haben sie sich gegen den Willen der Gastwirte mit Gewalt bemächtigt. Hier wurden von führenden Kommunisten erneut Reden gehalten und die Menge aufgefordert, die Schutzpolizeikaserne zu stürmen. „Es müsse noch Blut fließen." Etwa 300 bis 500 Demonstranten zogen nunmehr, gegen 11¼ Uhr abends, erneut vor die Kaserne. Diesen schloß sich eine große Menge Neugieriger an, um den weiteren Vorgängen zu beobachten. Die draußen postierten Beamten der Schutzpolizei wurden nunmehr in die Kaserne zurückgezogen. Die Demonstranten drückten das Straßentor ein und stürmten auf das innere Kasernentor. Daraufhin rückte die Schutzpolizei nach Abgabe von Schreckschüssen wieder bis zum Straßentor vor und verschloß dieses. Erneut stürmte die Menge gegen das Straßentor an, wobei aus ihrer Mitte eine Reihe von Schüssen fiel. Darauf rückte die Schutzpolizei wieder vor, um die Kaserne zu verteidigen. Einige über die Köpfe abgegebene Salven hatten keine genügend abschreckende Wirkung, so daß die Schutzpolizei gegen die angreifende Menge nunmehr scharf feuerte. Darauf ist die Menge auseinandergegangen. Es ist bei dem Vorgehen der Schutzpolizei auf ihrer Seite ein Beamter verwundet worden; die Demonstranten haben 9 Tote und 22 Verwundete zu beklagen. Ferner sind rund 40 Personen aus der Reihe der Demonstranten verhaftet worden. Bei einer großen Zahl der Verhafteten sind Pistolen vorgefunden worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Führer der Kommunisten in Flensburg.

Zur Zeit herrscht in Flensburg Ruhe. Die Sozialdemokratische Partei hat noch in der Nacht ein Flugblatt herausgebracht, in dem sie energisch von den Kommunisten abrückt, die Bestrafung der Rädelsführer fordert und an die Arbeiter die Aufforderung richtet, heute früh die Arbeit aufzunehmen. Dieser Aufforderung haben die Arbeiter [illegible] entsprochen. Sämtliche Betriebe sind in [illegible] Gange. Die Polizei ist soweit verstärkt, daß zu Befürchtungen weiterer Unruhen kein Anlaß vorliegt.

Interpellation zum Fall Hoffmann

In der preußischen Landesversammlung haben die Abgeordneten Genossen Heller, Brecour und Genossen unterm 4. Januar 1921 folgende Anfrage gestellt.

Zeitungsnachrichten zufolge ist in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember 1920 der Monteur Paul Hoffmann in Flensburg auf die telephonische Anordnung [illegible] der Schutzpolizei in Flensburg angeblich auf Denunziation des genannten Paul Reinhardt, welcher sich als Schutzpolizeispitzel betätigt haben soll, in seiner Wohnung durch ein Aufgebot der Schutzpolizei zunächst festgenommen worden.

Hoffmann ist alsdann nach der Kaserne der Schutzpolizei gebracht worden und sollte nach einem [illegible] nach einem anderen Teil der Kaserne übergeführt werden. Bei dieser Ueberführung soll Hoffmann einen Wachtmeister [illegible] gegriffen und ihn [illegible] haben, um entfliehen zu können, er auf einen Zaun [illegible], wurde er niedergeschossen. Sein Tod ist [illegible] durch eine Schußverletzung [illegible] herbeigeführt worden. Dieser Waffengebrauch [illegible] Erlaß des Ministers des Innern vom 24. Juli 1919 [illegible].

Ist die preußische Staatsregierung bereit, Auskunft [illegible], ob die Leitung der Staatspolizei in Flensburg sich der Tätigkeit von Spitzeln bedient? Ist die Staatsregierung bereit, über den Hergang der Verhaftung und Erschießung Hoffmanns Auskunft zu geben, und was gedenkt sie zu tun, daß derartige Fälle nicht wiederkehren?

Unserm Flensburger Parteiblatt entnehmen wir [illegible], daß Hoffmann das Opfer einer ganz üblen Lockspitzelei geworden ist. Der Spitzel Reinhardt hat einen mündlichen Bericht [illegible], wonach [illegible] sein sollte, daß die Kaserne überfallen, die Waffen [illegible] und die Revolution in Flensburg herbeiführen [illegible]. Von dem Oberkommissar [illegible], einem erfahrenen [illegible] ausgelacht und abgewiesen, wandte sich der Spitzel an [illegible] und fand bei diesem [illegible] unglaubliche politische Unkenntnis und Unmoral der [illegible] führten dann zur Verhaftung des Hoffmann und den Folgen.

Bisher 11 Todesopfer

Flensburg, 6. Januar. Der gestrige Sturm auf die [illegible] hat bis jetzt 11 Todesopfer gefordert. Es sind aber noch viele Verwundete vorhanden, so daß mit neuen Todesfällen gerechnet wird. Die Zahl der Verwundeten läßt sich noch nicht feststellen. Unter den Toten sind meist jugendliche Personen von 16 bis 21 Jahren; auch eine Frau getötet. Zwei Führer der Kommunisten verhaftet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210106/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein Ruf zur Einigkeit

Die Britische Arbeiterpartei an die Arbeiter

Im vergangenen Juli beauftragte der in Genf tagende Kongreß der Zweiten Internationale die Britische Arbeiterpartei (British Labour Party) mit der Aufgabe, sich andern sozialistischen und Arbeiterorganisationen zu nähern behufs Wiederaufbaues der Zweiten Internationale. Die Britische Arbeiterpartei nahm das Anerbieten an und sendet jetzt an die sozialistischen Organisationen aller Länder ein Rundschreiben, in dem die Tätigkeit und die Schwierigkeiten der Zweiten Internationale dargelegt und die Arbeiterorganisationen zu ihrer Unterstützung aufgefordert werden. Wir geben aus dem Schreiben folgendes wieder:

Gleich nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes regte sich auch wieder die Zweite Internationale und auf Anlaß der deutschen Sozialisten wurde eine Konferenz nach Bern einberufen, um die sozialistische Bewegung wieder mit einer Internationalen Organisation zu versehen. Natürlich war die Versammlung nicht durchaus einig, und Meinungsverschiedenheiten waren offenbar. Die britischen Delegierten waren der Ansicht, daß alle diese Meinungsverschiedenheiten beigeordnet werden sollten und daß jedem die Möglichkeit geboten werden solle, sich in nationaler Tätigkeit auszudrücken, daß internationale Spaltungen jedoch, die durch verschiedene Einzelheiten in der Nationalpolitik veranlaßt werden könnten, zu vermeiden seien, indem die Sozialisten miteinander Fühlung behalten sollten während der revolutionären Periode, die zweifellos dem Kriege folgen müßte. Wir setzten unsere Versuche in Amsterdam (April 1919), Luzern (August 1919), Genf (August 1920) fort. In Bern wurde ein Komitee gewählt, um eine neue Konstitution aufzustellen. Die Franzosen, die Deutschen Unabhängigen, die Oesterreicher verpflichteten sich, mitzuwirken, um diese Konstitution befriedigend zu machen. Wir bedauern, daß unsere Bemühungen nicht so erfolgreich waren, wie wir gehofft hatten.

Spaltungen hatten sich erweitert

und eine ausgebreitete Propaganda hatte sich es zum Ziele gesetzt, nationale Sektionen von der Zweiten Internationale loszureißen.

Vieles in dem Angriffe auf die Zweite Internationale macht entweder auf dieselbe als „Internationale“ gar keinen Eindruck oder ist völlig ungerecht. Wenn es auch wahr ist, daß während einer Zeit von nationaler Not, als überall Wut und Furcht tobten, gewisse sozialistische Abteilungen sich entschieden, mit ihrer Regierung einen Nationalverteidigungsblock zu bilden, so darf man nicht vergessen, daß das beinahe von jeder sozialistischen Genossenschaft zu einer oder der andern Zeit während der Periode von 1914 bis 1918 gesagt werden kann, und daß daher nur wenigen Abteilungen das Recht zusteht, die andern mit Steinen zu werfen. Wir müssen die gesamte Internationale nicht nach den Kriegsjahren beurteilen, sondern nach den Richtlinien, denen sie nun folgt. Sie, sie selber, muß ihre Statuten bestimmen und ihre Verteidigungsmaßregeln sowohl wie ihre Verbote aufstellen. Das zu tun hat ihr bis jetzt jede Möglichkeit gefehlt.

Seit dem Waffenstillstande

Nach dem Waffenstillstande versuchte man es in manchen Ländern mit weiteren politischen „Blocks“ für beschränkte, zeitweilige Zwecke. Die britische Arbeiterpartei beschloß, soweit sie in Betracht kam, nichts mit solchen Koalitionen zu tun zu haben. Andere nationale Abteilungen (unter ihnen einige, die jetzt die Zweite Internationale tadeln, weil alle ihre Abteilungen nicht der Linie der britischen Kameraden folgten) entschieden anders. Lassen Sie es sich doch dringend angelegen sein, diese Streitigkeiten zum Gegenstande einer vollen Erwägung zu machen, ehe sie zur Entschuldigung für Abfall und Spaltungen in den Reihen der Arbeiterbewegung gemacht werden.

Ueberdies sind die seit dem Waffenstillstande gegen die Zweite Internationale gemachten Anschuldigungen unwahr. Jede ihr angegliederte Genossenschaft hat sich der antirussischen Politik ihrer nationalen Regierung widersetzt, und wir selbst können den Anspruch erheben, daß wir — und dies ist nur ganz bescheiden erhoben — jedenfalls ebensoviel getan haben durch industrielle und politische Tätigkeit, um unsere Regierung zu verhindern, die Feinde der russischen Regierung mit Munition zu versehen, als die Abteilungen, die am heftigsten ihr Glaubensbekenntnis an Moskau ausschreien. Die Zweite Internationale hat ebensoviel getan wie die Dritte (außerhalb Rußlands selbst) bei Widerlegung gegen kapitalistische und imperialistische Angriffe auf Rußland. Auch in jeder andern Angelegenheit, die sich auf die kapitalistische und imperialistische Herrschaft nach dem Kriege bezieht, haben wir einen Standpunkt eingenommen, der in hervorragendem Vergleiche steht mit dem der andern Organisationen, die angeben, die Zweite Internationale für ihren Gebrauch zu schwach zu finden. Alle die internationalen Konferenzen von 1919 bis 1920, die in Bern, Amsterdam, Luzern, Genf gehalten wurden, untersuchten die durch den Krieg hervorgebrachten Fragen, sowohl in deren größerem Umfange (Friedensvertrag, Völkerbund, Verantwortlichkeit für den Krieg) als auch deren Anwendung auf die besonderen Ergebnisse der territorialen Fragen (Finnland, Georgien, Estland, Armenien, Ungarn, Elsaß, Oesterreich, Polen, Saargebiet, Irland, Palästina, die Balkanstaaten, Griechenland, Bessarabien, Kleinasien, Indien, Lettland, Litauen). Diese Konferenzen beschäftigten sich ebenfalls mit solchen Fragen, wie Rückkehr der Kriegsgefangenen, Hungersnot, Blockade, internationaler Handel, und in Luzern wurde aufs strengste gegen die Ententepolitik von reaktionärer Einmischung in Rußland und Ungarn protestiert.

Die Internationale machte auch einen Versöhnungs- und Vereinigungsversuch in dem Streite zwischen den Sozialistischen Parteien Deutschlands. Eine Internationale Untersuchungskommission verbrachte mehrere Wochen mit dem Studium der Judenverfolgung in Polen, und ist auch anderseits, wie z. B. in der Zwietracht der deutschen und polnischen Parteien betreffs des Plebiszits in Oberschlesien, erfolgreich eingetreten. (Schluß folgt.)

Ausland

Luxemburg

„Bedingungsweise . . .“

Wie die Frankfurter Zeitung aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialistische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die Dritte Internationale angenommen. Marx Zetkin erschien auf dem Parteitage in Differdingen und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Deutsches Reich

Unsere Finanzen im Reichswirtschaftsrat. Der neugebildete finanzpolitische Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates legte ein Arbeitsprogramm fest, das sich hauptsächlich auf die Ausarbeitung eines brauchbaren Planes für die Sanierung der Reichsfinanzen und der Währungsverhältnisse erstrecken soll. Zur Vorbereitung der Beratungen wurde eine siebengliedrige Kommission gebildet, die den Stoff sichten und Vorschläge als Grundlage für die zu fassenden Beschlüsse machen soll. Sie setzt sich zusammen aus den Mitgliedern Wilhelm Bachmann, Bernhard (Vorsitzender des finanzpolitischen Ausschusses), Max Cohen, Hartung, Heckner, Rathenau und Schmalenbach. Ferner wurde beschlossen, zu der nächsten Sitzung, Freitag den 7. Januar, den Reichsfinanzminister zu einer Aussprache über den Haushaltplan und die Deckung des Defizits einzuladen. Am gleichen Tage wird auch eine Besprechung der sogenannten „Doppelbesteuerung“ des Jahres 1920 und der damit zusammenhängenden Aenderungen in den Grundsätzen der Steuerveranlagung stattfinden.

Kein früherer Zusammentritt des Reichstags. Der Versuch der unabhängigen Reichstagsfraktion, eine schleunige Einberufung des Reichstags herbeizuführen, ist gescheitert. Nach dem Bericht der Freiheit hat der Aeltestenausschuß den Antrag der Unabhängigen auf sofortige Einberufung des Reichstags abgelehnt. Nur der Abgeordnete Adolf Hoffmann, als Vertreter der Kommunisten, schloß sich der unabhängigen Forderung an. Die Vertreter aller übrigen Parteien, mit Einschluß der Rechtssozialisten, wandten sich gegen diesen Antrag. Sie waren nicht für die sofortige Einberufung des Reichstags, sondern hielten es für genügend, wenn der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentrete. Der Vorsitzende dieses Ausschusses soll um dessen Einberufung ersucht werden.

Braunschweiger Kabinettskrise? Bei Beratung der Vorlage über die Vermehrung der Schutzpolizei im Landtag stellte heute das Ministerium Oerter die Vertrauensfrage wegen eines Antrages des Abgeordneten Dr. Roloff vom Landeswahlverband, wonach bei Einstellung von Polizeibeamten ein vierzehngliedriger Landtagsausschuß mitwirken und darüber wachen soll, daß die Beamten nicht einseitig aus einer Partei (U. S. P.) genommen werden. Minister Oerter erklärte, daß die Regierung in diesem Antrag ein Mißtrauensvotum erblicken müsse. Sollte der Antrag angenommen werden, so sei sie genötigt, die Vertrauensfrage zu stellen. Auf Antrag der Unabhängigen-Fraktion wurde darauf die Abstimmung über den Antrag auf Donnerstag vertagt.

Der Widerstand gegen die Getreideablieferung. Im Dorfe Gleichfelde bei Liebenwerda verjagte eine aus 300 Personen bestehende Menge, die mit Dreschflegeln, Beilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgetreidestelle, die mit der Eintreibung von Brotgetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Hauptanführer wurde sofort von seinem Amte entfernt, und gegen alle übrigen Beteiligten ist ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet worden.

Aus aller Welt

Dampferkatastrophe

Madrid, 4. Januar. Der Dampfer Santa Isabel der Transatlantischen Gesellschaft in Barcelona ist am 2. Januar auf den Klippen von Villa Garcia auf der Höhe der Insel Salbora gescheitert. Von Villa Garcia sind zahlreiche Fahrzeuge ausgelaufen, um die Schiffbrüchigen zu retten. Bisher ist ein Fahrzeug mit 40 Geretteten zurückgekehrt. Das Schiff kam von den Kanarischen Inseln und hatte 200 Fahrgäste an Bord.

Polnische Eisenbahnpläne

London, 4. Januar. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Warschau beschäftigt sich die polnische Regierung mit dem Plane der Herstellung direkter Eisenbahnlinien Danzig—Warschau, Warschau—Lemberg und Lemberg—Bukarest—Varna. Dadurch würde das Baltische Meer mit dem Schwarzen Meere durch eine Eisenbahnlinie verbunden werden.

Erdstöße in Italien

Rom, 5. Januar. In Reggio Emilia wurden durch zwei heftige Erdstöße eine Anzahl Häuser beschädigt.

Dresdner Polizeibericht

Einbrüche. Aus einer Musikalienhandlung in der Wettiner Straße wurden in der Nacht zum 30. Dezember mittels Einbruchs 3000 Stück Grammophonplatten gestohlen. Ferner wurden in der Nacht zum 5. Januar 1921 aus einem Kleidergeschäft in der [illegible] Straße Schnür-, Knopf-, Rohleder-, Kreuzband-, Schnürhalb-, Kautschuk-, Damen- und Halbschuhe sowie Zink- und Kreuzbandstreifen im Gesamtwert von 30 000 M. gestohlen. Weiter wurden am 3. Januar 1921, zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags, aus einer Erdgeschoßwohnung in der Carolastraße ein Ulsterm mit schwarz- und graugestreifter Hose und Weste, ein grauklariertes Sportjackett mit Lederknöpfen, eine grüne Tischdecke, eine Herrenlederhose, ein Paar schwarze Herrenschnürschuhe, neu besohlt, mit Lackkappen, ein Kamelhaardecke, braune Schnürstiefel und ein englischer Reisekoffer in blauem Ueberzug gestohlen. Die Kriminalpolizei warnt zu diesen Diebstählen vor Ankauf der Sachen und bittet um Angaben über den Verbleib derselben.

Taschendiebe festgenommen. Von der Kriminalpolizei konnten drei junge Burschen festgenommen werden, die in der Weihnachtszeit in der inneren Altstadt und an der Kasse eines hiesigen Lichtspieltheaters Taschendiebstähle verübt hatten. Zehn derartige Diebstähle konnten ihnen nachgewiesen werden.

Devisenkurse

Berlin, 5. Januar. (Amtlich.)

		5. 1. Geld	5. 1. Brief	4. 1. Geld	4. 1. Brief
Holland	100 Gulden	2387,60	2397,40	2260,10	2264,90
Schweiz	100 Frank			1148,85	1151,15
Wien (alte) . . .	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutschöstr. abgest.)	100 Kronen	16,58½	16,59½	16,48	16,52
Prag	100 Kronen	81,75	81,85	81,70	81,90
Spanien	100 Peseten			988,50	988,50
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	480,50	481,50	455,50	455,50
Italien	100 Lire	257,20	257,80	254,50	255,50
London	1 Pfd. Sterl.	266,20	266,80	267,50	268,50
Neuyork	1 Dollar	74,67	74,83	73,29	73,45
Paris	100 Frank	458,5	459,45	456,55	457,45

Zürich, 5. Januar. Devisenkurse Berlin 8,80, Wien 1,37½, Prag 7,10, Holland 207, Neuyork 6,54, London 23,41, Paris 38,27, Italien 22,50, Brüssel 40,40, Kopenhagen 102,25, Stockholm 131,50, Christiania 103,25, Buenos Aires 225.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Pegel	4.	5.		Pegel	4.	5.
Moldau	Budweis . . .	— 19	— 16	Elbe	Brandeis	+ 98	— 65
Moldau	Modran . .	+ 16	+ 6		Melnik . .	+ 58	— 52
Iser	Jungbunzlau	— 32	+ 24		Leitmeritz	+ 64	— 46
Eger	Laun . . .	+ 37	+ 21		Aussig . .	+ 86	+ 84
Elbe	Pardubitz . .	— 2	— 7		Dresden	— 40	— 54

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte für den 7. Januar:

Westwind; meist trübe; mild; keine erheblichen Niederschläge.

Die größere Zeit

Von Robert Simmel*

1. Akt.

Während der „Friede ernährt und der Unfriede verzehrt“, hebt sich langsam der Vorhang.

Die Musik spielt. Mit Zepter und Krone. — Die ganze Gegend ist von der Kultur beleckt. — Es blüht des Lebens Mai einmal und nicht wieder. — Die Menschen wachsen ständig mit ihren größeren Zwecken. —

Im Hintergrund

nagt der Zahn der Zeit, und die Milch der frommen Denkungsart wird in gärend Drachengift verwandelt.

Im Vordergrund

braust ein Ruf wie Donnerhall.

Rechts

lebt der Mensch, so lang er strebt.

Links

fallen die Schatten kühler Denkungsart. —

Während der Gott, der keine Knechte wollte, Eisen wachsen ließ, schifft in den Ozean mit tausend Masten der Jüngling.

2. Akt.

Das verstärkte Orchester übt immer Treu' und Redlichkeit.

Gegend

Durch des Frühlings holden, belebenden Blick sind vom Eise befreit Ström' und Bäche.

Im Vordergrund:

Die Jugend brauset, das Leben schäumet.

In der Mitte

zieht ein edler Mensch edle Menschen an.

Im Hintergrund

ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Plötzlich fällt ein Reif in der Frühlingsnacht und „Wer“ reitet so spät durch Nacht und Wind!! —

3. Akt.

In der Arena

hallen die Glocken dumpf zusammen, — denn der Zeiger hat vollbracht den Lauf.

Ganz rechts

flüstert wie Schatten von den Augen.

Ganz links

flügt das Alte und die Zeit ändert sich.

Im Hintergrund

blüht fortwährend neues Leben aus den Ruinen.

Vorn (Mitte)

wird im Schmerze die neue Zeit geboren.

4. Akt.

Die Musik schweigt — böse Menschen haben keine Lieder.

Während der See ruft und sein Opfer haben will, fragt man viel nach Geld und Gut. Darum werden plötzlich alle Menschen Brüder.

5. Akt.

Gegend und Umgegend.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag. Während „Ecce“ Charakter, von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, in der Geschichte schwankt, fällt der Vorhang.

Aus'

* Robert Simmel ließ im Verlage von Heinrich Hoh in Laubach ein ernst-heiteres Büchlein erscheinen: „Was mir die Leute sagen.“ Der vorstehende „Entwurf eines Revolutionsdramas“ ist ihm entnommen.

Theater

Opernhaus. In der gestrigen Fidelio-Vorstellung wurde die Titelrolle von Frau Viereck-Kimpel gegeben, die damit nach sehr langer Zeit in einer ihrem Können angemessenen Partie auftrat. Die als Fidelio verkleidete Leonore erfordert neben außerordentlichen gesanglichen Mitteln vollendete Eignung im Darstellerischen. Der Typ der sogenannten großen Heroine setzt den Charakter dieser Rolle zumeist in falsche Beleuchtung. Wir haben das ja erst letzthin wieder erlebt. Fidelio gab sich da wie eine Theatermutter im Hosen, und der Zuschauer mußte sich zwei Stunden lang in zwiespältigen Empfindungen. Während es doch darauf ankommt, ein jugendliches Weib darzustellen, dem allein Gattenliebe Mut zu einer ungewöhnlichen Tat verleiht, im übrigen aber Leonore Florestan ist. Die Viereck-Kimpel zeichnete diesen Umriß in wunderbarer Weise nach. Und so sehr deckten und ergänzten sich die ungewöhnlich schwer klingenden Mittel mit dem Ausdruck, so sehr war alles innerst durchglüht, daß eine Kunstleistung von seltener Höhe zustande kam. Die gesamte Aufführung empfing von hier aus Leben. Der am Schluß gespendete Beifall war groß; neben den Hauptdarstellern galt er auch dem verdienstvollen musikalischen Leiter Fritz Reiner. V. H.

Vortragskunst

Friedrich Erhard, unser heimischer Vortragskünstler, sprach gestern im Künstlerhause die wichtigsten Abschnitte aus Tristan und Isolde. Ein besserer Interpret dieses hohen Liedes der Liebe des altdeutschen Meisters Gottfried von Straßburg als Friedrich Erhard ist nicht denkbar. Seine wunderbaren warmen und weichen Stimmmittel, die ihm im zartesten pianissimo ebenso gehorchen wie im kräftigen forte, ermöglichen ihm in gleicher Weise den Ausdruck innerlichster Innigkeit wie gewaltig bebender Leidenschaft. Der Vortrag der Dichtung, frei aus dem Gedächtnis, durch sparsame Gesten wirksam unterstützt, wußte die ganze Glut von Gefühlen, die in dem Epos ruhen, im Hörer zum Klingen; man hörte das Hohe Lied der Liebe nicht nur, sondern man erlebte es. Im Innersten ergriffen und erhoben, dankte die andächtige Gemeinde dem Künstler für die Feierstunde. Kb.

Dresdner Kalender

Theater am 7. Januar. Opernhaus: Hauptprobe zum Konzert (12); IV. Sinfoniekonzert, Reihe A (7). — Schauspielhaus: Die versunkene Glocke (7). — Albert-Theater: Der Weibsteufel (7½). — Zentral-Theater: Die blaue Mazur (7). — Residenz-Theater: Die Reise ins Märchenland (3); Boccaccio (7).

Opernhaus. Freitag den 7. Januar wird das 4. Sinfoniekonzert der Reihe A aufgeführt, das ursprünglich für den 14. Januar angesetzt war, es ist wie folgt zusammengestellt: Gräner, [illegible] (Uraufführung) und Tanz, Werk 1 (Uraufführung); [illegible] Ebba Wangerin und Drucksorte [illegible]. Die musikalische Leitung hat Fritz von Schuch. Beginn 7 Uhr. Die öffentliche Hauptprobe beginnt mittags 12 Uhr.

Else Lasker-Schülers Schauspiel Die Wupper, das am Deutschen Theater, Berlin, mit großem Erfolge aufgeführt wurde, gelangt im Januar im Dresdner Albert-Theater zur Aufführung.

Hans Reimann, der Herausgeber des Drachen, gibt am 21. Januar, 7½ Uhr, im Künstlerhaus den dritten und letzten Rezitationsabend mit vollständig neuem Programm. Karten im Reisebureau und an der Abendkasse.

Erich Ponto, das bekannte Mitglied unseres Staatstheaters, hat mit einem dem deutschen Humor gewidmeten Vortragsabend in Hamburg beim Publikum stürmischen Beifall und bei der Presse rückhaltlose Anerkennung gefunden.

Kleine Mitteilungen

Sächsischer Kunstverein. Brühlsche Terrasse. Die Sonderausstellung von August Gaßkriegl, die ursprünglich in der Kunstausstellung Emil Richter stattfinden sollte, wird auf Grund gegenseitiger Vereinbarung nunmehr vom Sächsischen Kunstverein veranstaltet werden. Die Ausstellung wird nächsten Sonnabend eröffnet.

Der Kulturausschuß der tschechoslowakischen Nationalversammlung nahm gestern den Antrag an, für den literarischen Nobelpreis des Jahres 1921 den Schriftsteller Alois Jirásek und für den Friedensnobelpreis desselben Jahres den Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, Masaryk, vorzuschlagen.

Der „Reigen“ von Schnitzler ist laut Urteil des Berliner Landgerichts III zur Aufführung freigegeben worden. Das Urteil vertritt die Auffassung, daß die Aufführung im kleinen Schauspielhause nicht geeignet ist, das sittliche Empfinden zu verletzen.

Auffinden der Leiche eines deutschen Nordpolforschers. In Spitzbergen wurde eine Leiche gefunden, bei der es sich nach dem Bericht des deutschen Konsuls in Tromsö um Dr. Walter Meier handelt, den Geologen der Schröder-Stranz-Expedition, der am 1. Oktober 1912 zusammen mit dem Theologen Dr. Detmers an der Wijde-Bai [illegible] Weise gesehen worden war. Das ist bisher die erste und einzige Spur von den sieben Teilnehmern der Unternehmung. Der Untergang der übrigen deutschen Forscher wird wohl für immer dunkel bleiben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210106/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hermann Lugenheim
und Frau.

Dresden-Neustadt. Gruppe 4 u. 6

Heute wicht. Sitzung i. d. bek. Lokalen.

Bez. Radebeul. Kötzschenbroda

Gasthof Goldene Höhe — Niederlößnitz

Gemeindevertreterkonferenz

Tagesordnung:

Vormittag des Parteitages und 3 Gewerkschaftsvertreter.

Die Bezirksleitung.

S.P.D. · 6. Unterbezirk

Gruppe Deuben.

Heute Gruppen-Versammlung

Die politische Lage.

Der Vorstand.

Dresdner Philharm. Orchester.
Morgen Freitag
Volks-Sinfoniekonzert.

Tivoli Palast
Heute Konzert des Künstler-Ensemble
Junghähnel Sänger

SARRASANI
Haus Stosch-Sarrasani.
Sarrasanis Riesen-Programm

Wobsa
Grosse Brudergasse 12/14
Freitag: **Schlachtfest**

Kaffeehaus
Maximilian
Moritzstr. 10, nahe Altmarkt
Täglich vornehmes Konzert
Neu! Herr Hans Lauterbach Neu!
Lyrischer Tenor — Beherrscher der Gesangeskunst
Frl. Friedel Schurig-Hansen
Am Flügel: Die einzig dastehende Wiedergabe-Künstlerin. Die einzig dastehende Wiedergabe-Interpretation auf dem Gebiete der Tanzmusik.
Martin Meissner.

Wo ist in Dresden etwas los?
Wo ist täglich Humor u. Stimmung?
Im Spatenbräu
bei Scharfrichter Ehrengruber
Bayer. Volksfest!
Heute Eröffnung. Mittelhalle, Saal und weiter Garten.
Der Vorstand.

Gasthaus zum Kgl. Forst- u. Schloßhof
Gutenbergstr. — Strehlenerstr. 1
Familien-Kaffeekränzchen
Tanz.
Karl Walt.

Sächsische Bank zu Dresden

Annahmestelle von Mündelgeldern im Falle des § 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die Sächsische Bank zu Dresden und deren Filialen in Annaberg i. Erzg., Bautzen, Chemnitz, Freiberg, Meerane, Plauen i. V., Reichenbach i. V., Zittau und Zwickau i. Sa. verzinsen ihre Gelder zur Zeit wie folgt:

bei täglicher Verfügung 2%
" einmonatiger Kündigung . . . 2½%
" dreimonatiger Kündigung . . . 3%
" sechsmonatiger Kündigung . . . 3½%

Die weitere Verzinsung hat zu deren Maßen gemäß zu erfolgen.

Die nächste Zinsberechnung findet am 31. Dezember 1920 statt.

Dresden, 31. Dezember 1920.

Sächsische Bank zu Dresden.
Die Direktion.

Geschäfts-Verlegung!

Mein
Leinen-, Woll-, Baumwoll-waren- u. Wäsche-Geschäft

am 7. Januar 1921

48 Annenstr. 48
(gegenüber der Annenkirche)

Seit meiner Geschäftsgründung im Jahre 1 [illegible] habe ich meinen Grundsatz: „Gute Ware, reiner Nutzen, großer Umsatz," treu befolgt und hierin meinen Erfolg gesehen. Auch in Zukunft werde ich bestrebt sein, mir das Vertrauen meiner werten Kundschaft zu erhalten und zu vermehren.

Richard Hänel
Dresden-A., Rosenstraße 35.

Kostüm-Röcke
staunend billig!

Rock. Serie I	30	Rock. Serie V	75
Rock. Serie II	45	Rock. Serie VI	98
Rock. Serie III	58	Rock. Serie VII	145
Rock. Serie IV	65	Rock. Serie VIII	195

Nur Scheffelstr. 17, 1. Etage
1. Etage Rosenberg & Co. Kein Laden
Kein Laden Durchgehend geöffnet

Ia Nordamerik. Schweinefettschmalz, Feinschmalz		12.50
Pa. Tafelmargarine, Ersatz für Butter		13.50
Ia Tafelmargarine		10.50
Feinster reiner Kakao		18.00
Ia Tafelvollreis	℔ 5.00	4.25
Ia gebr. Kaffee	30	28	25
Ia Nal. Teigwaren, Nudeln, Spätzeln			18
Ia Speisesirup			3.50

Bei 5-Pfund-Einnahme auf alle obigen Waren Rabatt.

Ia ausgebr. deutsche Kernseife Dutzend 5.50

H. Schwarz Nachf.
Dresden-A., Grunaer Straße 9. Tel. 19407
Versand nach allen Stadtteilen.

Sonder-Angebot!

Zuckerhonig		6.20
Tafel-Margarine, Ia		13.50
Heeresmarmelade	2.40	4.20
Gemüse-Erbsen		4.50
Junge Erbsen		7.00
Mittelfeine Erbsen		8.20

Richard Schädlich Nachf.
Johannisgasse Nr. 8

Kaffee Held Wilsdruffer Straße 15
Künstlerkonzert

Reparaturen

Ab heute **Donnerstag!**

Kammer-Lichtspiele

Die Todeskarawane

Filmdrama in 6 Akten
nach dem gleichnamigen Romankapitel aus „Von Bagdad nach Stambul" von

Karl May

Für den Film bearbeitet von Erwin Báros.
Künstl. Beirat: Prof. Sascha Schneider.

Hauptdarsteller:

Hassan Ardschir-Mirza	Gustav Kirchberg
Osejana, seine Frau	Dora Gerson
Benda, seine Schwester	Kläry Lotto
Nara ben Nemsi	Karl de Vogt
Omram	Erwin Báros
Hadschi Halef Omar	Heinhart Haar
Saduk	Anna von Palen
Marah Durimeh	

Für Jugendliche genehmigt!

Wochentags ab 5½, 7 und 8½ Uhr
Sonntags ab 2½ Uhr.

Lichtspiele

Das wandernde Bild.

Großes Drama in 5 Akten
von Thea von Harbou und Fritz Lang.
In der Hauptrolle:

Mia May.

Der indische Nabob.

Köstlicher Schwank in 3 Akten
mit Leo Peukert.

Wochentags: 5½ und 8 Uhr
Sonntags: 4, 6½ und 9 Uhr

Telephonische Eintrittskartenbestellungen können aus technischen Gründen keine Berücksichtigung finden.

Ball-Anzeiger
für Freitag den 7. Januar.

Ballhaus Deutscher Kaiser	Lüttichauer Str. 16. Moderne Ballmusik.
Ballhaus	mit Tanz-Tek. Anfang 4, Sonntags 4 Uhr.
Ballhaus Loschwitz	Loschwitz. Heilige Hallen.
Tanzsalon	Palmstraße 18. Tanzmarken. Täglich Kabarett.
Warnkes Tanzsalon	Bedeutend verstärkte Kapelle.

Frauen und Töchter
können Schneidern und Zuschneiden

Ballhaus Deutscher Kaiser
Prießnitzer Straße 112.
Die beliebten Ballfeste.

Geld-Lotterie
Kriegerheim-Lotterie
100 000
Hauptgewinn 75 000
Gewinn 25 000
" 10 000
" 5 000
Lospreis 3 Mark
Postgeld u. Liste Nachn. 1 M. extra
Lose sind bei den Verkaufsstellen sowie bei der Geschäftsstelle Königsbrücker Straße 96 zu haben.

Paradiesgarten
Feiner 5Uhr. Ba
Eintritt frei

Deutsche Kernseife
Brasil-Vollreis
Rangoon-Vollreis
ff. Tafel-Margarine
ff. Speisefett
Prima Schweineschmalz
Feinster Speisesirup
Neue große Vollheringe
Kolonialwaren - Nor
3 Friesengasse 3

Rauchtabak
Förster Grobschnitt
Wiederverkäufer
Tabakgroßhandlung Alfred K

41. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins

Dritter Tag

Zunächst wurde dem zugestimmt, daß das Ministerium ersucht werde, wo Fortbildungskurse für Junglehrer bestehen, sie als amtlich anzuerkennen, dafür in den betreffenden Schulaufsichtsbezirken die Hilfslehrerkonferenzen wegfallen zu lassen.

Anläßlich der Erledigung des Rechnungsabschlusses wurde die Bewilligung von Beihilfen in Höhe von 21000 M. an notleidende Lehrerwitwen und -waisen nachträglich genehmigt. Für die Comeniusbibliothek in Leipzig wurden 20000 M. bewilligt, desgleichen 5000 M. für Abhaltung pädagogischer Ferienkurse, die auch in Dresden eingerichtet werden sollen.

Aus der Schulgruppe können [illegible] Beamte unterstützt werden, die durch ihre Stellung zum Religionsunterricht infolge der bekannten Beschlüsse der Synode, der [illegible] Versetzung erfährt, wirtschaftlich geschädigt werden. Der Vorstand versichert unter Zustimmung der Vertreter, alle Rechtsmittel anzuwenden, um den betreffenden Beschluß der Synode zu Fall zu bringen.

Die Wahlen zum Landeslehrerrat, auf dessen baldigste Einführung gerechnet wird, wurden vorgenommen.

Nach längerer Aussprache über staatsbürgerliche Erziehung, Staatsbürgerkunde und Reichsverfassung wurden folgende Sätze angenommen:

1. Die staatsbürgerliche Erziehung kann nur im Rahmen der allgemeinen Erziehung erfolgen. Sie ist demnach in erster Linie eine sittliche Erziehung.

2. Eine besondere Staatsbürgerkunde als Fach ist für die Volksschule abzulehnen.

Zum Thema: Arbeitsschule, Arbeitsunterricht und Reichsverfassung bringt Lehrer Weiß (Dresden) folgende Entschließung ein, die einstimmig angenommen wird:

„Die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins begrüßt es, daß der Arbeitsschulgedanke durch die Reichsverfassung anerkannt worden ist. Sie hält aber seine Durchführung in einem Einzelfach (Arbeitsunterricht im Lehrplan) für unzureichend, weil dadurch die Gefahr einer Veräußerlichung gegeben ist. Auf Grund praktischer Versuche und wissenschaftlicher Erwägungen fordert sie vielmehr den Ausbau der gesamten Schule als Arbeitsschule. Sie fordert weiter von der Landesregierung, zur Verwirklichung der Arbeitsschule, die Einrichtung von Versuchsklassen und Versuchsschulen durch Bereitstellung von Mitteln zu fördern. Zur Verwirklichung der neuen Schule im Sinne des Uebergangsschulgesetzes verlangt der S. L.-V. völlige Lehrplanfreiheit zunächst auf die Dauer des nächsten Schuljahres unter der Bestimmung, daß die Lehrer, die davon Gebrauch machen wollen, Arbeitsberichte führen."

Die Stellung der Fortbildungsschule im gesamten Erziehungswesen behandeln die Leitsätze des Bezirksschulrats Sturm (Dippoldiswalde), die mit Ergänzung angenommen wurden:

„Bei der Neuregelung des Berufsschulwesens soll der S. L.-V. seine ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Berufsschule nicht dem Wirtschaftsministerium, sondern als Glied der Einheitsschule dem Unterrichtsministerium unterstellt wird. Auch in der Berufsschule soll die Pädagogik oberster Gesetzgeber sein, nicht ein der Erziehung fremdes Prinzip, wie die Wirtschaft eins ist. Die Berufsbildung in der Berufsschule findet nur im Sinne der Arbeitsschule statt."

Landesversammlung der sächsischen sozialdemokratischen Lehrer

Am Mittwoch nachmittag fand die Landesversammlung der sächsischen sozialdemokratischen Lehrer im Volkshause statt. Genosse Schulz als Vorsitzender begrüßte die Erschienenen, worauf Genosse Lang, Leipzig, über Organisationsfragen referierte. Er erinnerte an die geknechtete Stellung der Lehrer in der vorrevolutionären Zeit, wo aber trotzdem die Sozialdemokratie als alleinige Verteidigerin der Lehrerinteressen aufgetreten sei. Das lange Helotentum der Lehrerschaft habe sie freilich in eine geistige Verfassung gebracht, daß nur erst wenige für die Gedanken der Sozialdemokratie reif sind. So sind der Organisation mannigfaltige Schwierigkeiten entstanden und zur Zeit ist sogar eine Art Stillstand zu beobachten, der nur durch eine bessere Organisations- und Aufklärungsarbeit zu beheben ist. Die Geldfrage spiele hier eine Rolle, mehr aber noch die Tatsache, daß zu wenige sich an der praktischen Arbeit beteiligen und die wenigen Arbeitsfreudigen überlastet werden. Referent macht nun eine Anzahl Vorschläge zur Reorganisation, die sich, um eine bessere Verbindung mit der Partei herzustellen, an die Organisation dieser, besonders deren Wahlbezirkseinteilung, anlehnen müsse. Für den engeren Zusammenschluß schlägt er Anlehnung an die Organisation des sächsischen Lehrervereins vor. Sodann befürwortet er Einrichtung eines Agitations- und Preßausschusses in jedem Wahlbezirk, stärkeres Hervortreten in der Oeffentlichkeit durch Veranstaltung von Versammlungen und Vertrieb von Agitationsmaterial. Da der Gesetzgebung nächstens große Aufgaben zugehen werden (Schulgesetz, Lehrerbildungsgesetz und andere), befürwortet Redner auch die Bildung eines Landesschulausschusses aus Lehrern und Parteifunktionären, verlangt auch sozialdemokratische Mitarbeit in den Ministerien und in Aufsichtsstellen, um die vielfachen reaktionären Widerstände zu brechen. Aber auch an sich selbst habe die Lehrerschaft zu arbeiten, sie hat eine Mission in und für die Partei, um die Menschheitsideale mit zu verwirklichen.

Nach einer längeren Diskussion, in der besonders die Lehrer in der Provinz ihre isolierte und schwierige Lage darlegten, wurde beschlossen, die vom Referenten vorgeschlagenen Richtlinien dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Hierauf folgte ein Referat des Genossen Arzt über die politische Lage und die Regierungsbildung, nach dem man eine Entschließung annahm, die sich mit der derzeitigen Landespolitik der Sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärte und deren Fortsetzung befürwortete.

Sächsische Angelegenheiten

Die Abfindung des vormaligen Königshauses

Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich das Ministerium, besonders das Finanzministerium, schon seit längerer Zeit. Jetzt wird dem Berliner Tageblatt offenbar auf Grund von Informationen von den Rechtsvertretern des Königs folgendes mitgeteilt:

„Vorläufig liegen die Dinge so, daß das jetzige Finanzministerium nach einigen Abstrichen die Vorschläge des damaligen Ministeriums übernommen und der zur Hälfte aus Vertretern der Regierung und zur Hälfte aus Vertretern des Hauses gebildeten Kommission unterbreitet hat. Wann diese Kommission tagen wird, wird geheim gehalten. Auch das Ministerium Buck schwieg sich grundsätzlich darüber aus. Soweit man aber hört, sind die Absichten, dem König das Schloß Moritzburg mit einigen angrenzenden Jagdrevieren, gewisse Silber- und Juwelenschätze und eine Geldabfindung zuzubilligen. Auch die Gemäldesammlung, wie man hört, nicht ganz zugesprochen, so repräsentieren doch die Edelsteine einen Wert, der im Gegensatz zu dem des Silbers geringeren Schwankungen unterworfen ist und darum leicht doch [illegible]. Die Forderungen der Vertreter des Hauses [illegible] und es wird noch langwieriger Vergleichsbesprechungen bedürfen, ehe man zu einer Einigung kommt. Die Schwierigkeiten

[illegible] liegen nicht nur in der Auslegung der ziemlich dehnbaren juristischen Bestimmungen, sondern vor allem darin, daß zum Teil auf Urkunden aus dem 16. und 17. Jahrhundert zurückgegriffen werden müßte, um den Ursprung jeder Sache zu ermitteln. Dabei zeigte sich, daß beim Erwerb einzelner Objekte häufig einmal ein Teil vom Land, ein Teil aus dem Privatvermögen des regierenden Fürsten bezahlt worden war. [illegible] Reihe [illegible] Zum Teil [illegible] innerhalb der Kommission [illegible] Kommissionssitzung mit der Frage zu befassen haben.

Die Erwerbslosenlasten bei der Finanzminister-Konferenz

Finanzminister Heldt fährt heute in Begleitung der Geheimräte Hedrich, Floren und Lehler zur Konferenz der Finanzminister nach Bamberg. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen 11 Punkte, die die Regelung der schwebenden Steuerfragen zwischen dem Reich und den Ländern betreffen. Außerdem wird Minister Heldt die übrigen deutschen Finanzminister zu bewegen suchen, Sachsen in bezug auf die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung zu entlasten. Leider waren bisher die Länder nicht geneigt, einem Sachsenausgleich zuzustimmen, so daß Sachsen immer noch unter der Tatsache leidet, daß es bei großer Wirtschaftsnot die größte Anzahl der Erwerbslosen und somit die höchsten Kostenbeträge hierfür aufzubringen hat, während Bayern, Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt und andere Länder nur mehr wenig Gelder für Erwerbslosenunterstützung brauchen. Hoffentlich ist der Schritt des sächsischen Finanzministers endlich von Erfolg begleitet.

Bessere Einsicht

Zu dem kommunistischen Agitationsantrage zur Ueberweisung der Erwerbslosen schreibt die Unabhängige Volkszeitung:

Aus einer Meldung über eine Versammlung der Erwerbslosen im Plauenschen Grunde scheint hervorzugehen, daß die Kommunisten den Erwerbslosenantrag in nächster Zeit wieder besonders agitatorisch auszunutzen gedenken. [illegible] daß die Not der Erwerbslosen innig verknüpft ist mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sachsen aber mit seiner ungeheuren Arbeitslosigkeit ist dabei in besonders schlimmer Situation. Das Verschulden, die kapitalistische Misere, kann der sächsische Arbeitsminister nur unwesentlich beeinflussen. Ebensowenig könnte das ein Kommunist. Und [illegible] Sachsen auch in wirtschaftlicher Beziehung selbständige Lebensfähigkeit schon seit langem nicht mehr besitzt, kann es auch, selbst wenn es politisch frei wäre (was aber eben nicht der Fall ist), keine Oase in der Wüste des Kapitalismus sein. An dieser Tatsache ändern natürlich Demonstrationen nichts. Es könnte sich also dann nur darum handeln, daß ein nicht vorhandener Einfluß zur Geltung gebracht werden soll. [illegible] das Bürgertum in Betracht kommt, ist das überflüssig. Da aber der neue Arbeitsminister bereits selbständig nach den von Sachsen aus vorhandenen Möglichkeiten die Not der Arbeitslosen zu lindern bemüht ist, entfällt für Demonstrationen der wichtigste Grund. Ein Generalstreik hat zur Zeit keine Aussicht auf Erfolg und vor allem auch nicht innerhalb eines Teilgebiets, weil ohne sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse jede Maßnahme nur eine Halbheit bleibt. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften unternommene Aktionen der Erwerbslosen sind schädlich, wie die Erfahrung lehrt, nicht von Erfolg begleitet. Zum andern führt es unter den gegebenen Verhältnissen auch einfach zu Unmöglichkeiten, [illegible] die Unterstützung um 100 Proz. zu erhöhen. Deshalb ist auch der neuerliche Antrag der Kommunisten im Landtag von ihrer Seite aus ein reines Agitationsmittel. Die Not der Erwerbslosen macht es freilich dringend nötig, auch in Sachsen sowohl im Interesse der Arbeitsbeschaffung als auch der Unterstützungsfrage alle nur möglichen Schritte zu tun. Aber die Rezepte der Kommunisten sind nicht angebracht.

Der kommunistische Antrag ist vor allem infolge der Reichsgesetzgebung von Sachsen aus gar nicht zu verwirklichen. Es kann sich also nur um die Einwirkung auf die Reichsstellen handeln. Diesbezüglich bereits eingeleitete Schritte sind im Interesse einer schnellen Unterstützung der Erwerbslosen dringend nötig.

Die unabhängige Auffassung enthält zwar noch reichlich unklares Hin- und Hergerede, das für alles andre als eine [illegible] Auffassung des Schreibers spricht, aber es kommt doch deutlich die Absicht zum Ausdruck, einer bessern Einsicht nachzugeben und von jenen Agitationsmethoden abzurücken, die früher gemeinsam von Kommunisten und Unabhängigen hochgehalten wurden. Schade, daß die Wendung zum Bessern so spät kommt.

Eine ungerechtfertigte Verdrehung des Sachverhalts aber ist es, wenn es die U. S. P. jetzt so darzustellen versucht, als hätten die Erwerbslosen erst jetzt eine entschiedene Vertretung ihrer berechtigten Wünsche bei der Reichsregierung zu erwarten, seitdem ein neuer unabhängiger Arbeitsminister da ist. Wir wollen dazu nur feststellen, daß die Bemühungen um eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von dem früheren Arbeitsminister Heldt seit langer Zeit bei den [illegible] gebenden Reichsstellen eingeleitet haben und ihr Erfolg auch energisch fortgesetzt worden sind.

Die Not im Vogtlande

Im Sitzungssaale des alten Rathauses in Plauen fand sich am Dienstag auf Einladung der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft [illegible] und Arbeitgeberverbände aus dem [illegible] Ortsgemeinden, [illegible] ein, um von den [illegible] Aufklärung zu erhalten, wie sie zu einer nachdrücklichen Vertretung der von der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaft Auerbach gestellten Anträge bei der Reichs- und Landesregierung [illegible] im Vogtland notwendig ist. Der Plauener Oberbürgermeister [illegible] die Bezirksamtmann [illegible] in Auerbach und [illegible]. Das sächsische Gesandtschaftsministerium [illegible] Verhandlungen [illegible] mit der Angelegenheit befaßt und werde demnächst darüber endgültig Beschluß fassen. [illegible] Maßnahmen ergriffen werden, mit der ganz [illegible] abzuhelfen. Der Vorstand [illegible] ein erheblicher Teil der Bevölkerung seit [illegible] Arbeit und Verdienst [illegible] entsprechende Arbeitsmöglichkeiten [illegible] werden, erhöht werden müßten. Der Amtshauptmann [illegible] Schneider [illegible] Ausführungen an und betonte, daß im Bezirk Falkenstein bei 1000 Einwohnern 88 im Bezirk Auerbach 77, in der Stadt [illegible] Erwerbslose kämen. [illegible] in den [illegible] in der Umgebung von Auerbach und Falkenstein.

Die Chemnitzer Volksstimme berichtet über die Verhandlungen in einer Parteiversammlung noch folgendes: Der Oberbürgermeister Lehmann (Plauen), der doch wohl zu einer der Deutschen Parteien gehört, wollte erklären, daß die bürgerlichen Abgeordneten im Reichstage die sächsischen Interessen vernachlässigen. Das veranlaßte den ehemaligen Minister Gräninghaus von der Niederlassung [illegible] [illegible] immer [illegible] den Rat, die frühere Regierung verantwortlich zu machen, ihr nachzusagen, daß sie der jetzigen Regierung die unerquicklichen Zustände als Erbschaft hinterlassen hätte. Man denke, ein Mann, der dem kriegsverlängernden Vorrat angehört, ein Mann, der zu denen gehört, die das Deutsche Reich zu einem Trümmerhaufen machten, die dann im November sich aufrissen, hat die Stirn, Vorwürfe zu erheben. Von sozialistischer Seite wurde dem Herrn daraufhin gründlich gedient.

Neue Gesetzesvorlagen

die dem Landtage zugegangen sind, betreffen:

1. den Entwurf eines Gesetzes über die weitere Verlängerung der Wahldauer der Mitglieder des Landeskulturrats und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrat,

2. den Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit der Vormundschaftsgerichte für Volljährigkeitserklärungen,

3. den Entwurf eines Gesetzes über einen Nachtrag zum Finanzgesetz auf das Rechnungsjahr 1920,

4. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Gesetzes, die Befugnis zur Ausschließung säumiger Abgabenpflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten.

Zur Zigarettensteuerfrage

wird uns von sachkundiger Seite noch geschrieben: Bisher war die Zigarettensteuer für die fünf obersten Preisklassen um 50 Prozent ermäßigt mit der Maßgabe, daß in diesen Klassen die Steuer nicht unter 87 Mark herabgeht. Vom 1. April 1921 an soll die Ermäßigung nur noch 30 Prozent mit der gleichen Maßgabe betragen. Demnach trägt eine Zigarette im Kleinverkaufspreis

von 25 Pf.	eine Steuer	von	8,7 Pf.
eine „ 30 „	„	„	9,8 „
„ „ 40 „	„	„	14,0 „
„ „ 50 „	„	„	17,5 „
„ über 50 „	„	„	21,0 „

Diebstahl oder Nahrungsmittelentwendung?

Der Bauarbeiter Schumann in Leipzig hatte als Oberschweizer auf einem Rittergute in der Nähe Leipzigs in der Zeit von Ende September 1919 bis Anfang Februar 1920 täglich 5 Liter Milch von der Übernahme von der der Rittergutsverwaltung gehörigen Milchmenge weggenommen und sie für sich in seinem Haushalt und für zwei Unterschweizer und einen Lehrling zur Butter- und Quarkbereitung verwendet. In Frage kommt eine Gesamtmenge von 171 Liter im Werte von 127,70 M. Er hat zu seiner Entschuldigung angegeben, daß er mit seiner Entlohnung nicht ausgekommen sei, ebenso hätten die gelieferten Lebensmittel nicht ausgereicht. Das Schöffengericht hatte wegen fortgesetzten Diebstahls auf zwei Monate Gefängnis erkannt, während die Berufungsinstanz nur zwei Diebstähle annahm und einen Monat Gefängnis als ausreichende Sühne ansah. Die Revision des Angeklagten machte geltend, daß nur Nahrungsmittelentwendung vorliege, weil die 5 Liter Milch täglich im Haushalt verwendet worden wären. Das Oberlandesgericht Dresden hat aber das Rechtsmittel verworfen und dabei hervorgehoben, daß § 370, Ziff. 5, des Strafgesetzbuchs (Nahrungsmittelentwendung) nicht einschlage.

Leipzig. Das bisherige Präsidium des Stadtverordnetenkollegiums mit dem unabhängigen Vorsteher Seger, dem demokratischen ersten Vizevorsteher Dr. Junck und dem sozialdemokratischen zweiten Vizevorsteher Vollender wurde in der ersten Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahre am Montag einstimmig wiedergewählt. Die Wahl erfolgte ohne jede Aussprache, weil die Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums voraussichtlich schon im Februar oder März erfolgen wird.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Erderschütterungen haben sich in den letzten Tagen im obererzgebirgischen Erdbebengebiet (Eribach—Adorf—Klingental bis Falkenstein) bemerkbar gemacht. — Beim Heben von Balken fiel in der [illegible] Wahlbezirk in Hohenstein-Ernstthal dem 20 Jahre alten [illegible] Lindner aus Oberlungwitz ein Balken auf die Brust und drückte ihm den Brustkasten ein, so daß Lindner nach kurzer Zeit starb. Lindner war erst am Tage zuvor getraut worden. — Im Antonsthaler Forstrevier (Bezirk Schwarzenberg) wurde der 44 Jahre alte Waldarbeiter Freyer aus Breitenbrunn, Vater von fünf Kindern, von einem fallenden Baume erschlagen.

Stadt-Chronik

Die Lage der Dresdner Bibliotheken

Im Dresdner Anzeiger behandelt der Direktor der Stadtbibliothek, Dr. G. Müller, die Notlage der Bibliotheken. Da es sich dabei um eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse handelt, drucken wir diese Ausführungen eines Sachverständigen mit seinem Einverständnis nach:

Die Erhöhung der Bücherpreise hat noch nicht ihr Ende erreicht. Seit 1919 haben auch die Zeitschriften, welche zum Teil noch zurückblieben, „aufgeholt". Und wenn auch von 1921 an durch eine kürzliche Anordnung im Börsenverein des deutschen Buchhandels der Abbau der Sortimentsaufschläge begonnen wird, so ist vielleicht im absehbarer Zeit wieder auf den ersten Ladenpreis zurückkommen wird, so tritt doch zunächst automatisch für diesen wieder eine Erhöhung ein, wie schon die Bücheranzeigen für 1921 deutlich erkennen lassen.

Der Privatkäufer hat sich im allgemeinen eingeschränkt, Bücherliebhaber ohne Entschädigung oder mit Einnahmen müssen noch zum Teil darauf los. In besonders schwerer Lage sind die Stellen, welche pflichtgemäß auf größere Sammlung angewiesen sind: die öffentlichen Bibliotheken, die amtlichen Handbüchereien, die Vereine. Diejenigen werden unter ihnen zu zählen sein, welche dem Bedarf entsprechend oder nur aus dem gleichmäßigen Vorrang seit 1914/15 zu heben, ihre Anschaffungsmittel erhöhen konnten. Von den Vereinen wohl kaum einer, von den Amtsbüchereien wohl auch nur in den Grenzen des nötigsten Bedarfs, ganz sicher nicht gescheh das bei den öffentlichen Bibliotheken. (Zum Ueberblick sei nochmals an den Bibliotheksführer von P. Jung 1919 erinnert.) Das Sechs- bis Achtfache für Bücheranschaffung, das Sieben- bis Achtfache für Buchbinderei müßten nach dem augenblicklichen Stand Ende 1920 die Etatserhöhungen betragen. Konnten große Bibliotheken, etwa an Universitäten, wegen mangelnder Verbindung während des Krieges an ausländischer Literatur sparen, jetzt ist das Nachholen, Ergänzen und wieder Zurückbringen um nicht unwiederbringliche Lücken entstehen zu lassen, geboten. Auch die Sächsische Landesbibliothek wird von dem Notwendigkeiten betroffen, und — sie hat noch denselben Vermehrungsbetrag wie vor dem Beginn der abgelaufenen Jahre.

Wäre es so, daß die Dresdner Bibliotheken früher noch eine gegenseitige Ergänzung durch ihre Bestände hinaus hätten mehr tun können, um mehrfache ähnliche oder gleiche Benutzung zu ermöglichen, dann wäre jetzt eine Vereinfachung in dieser Richtung gegeben. Doch es sind alles [illegible] [illegible] lichen Bücherei (Waisenhausstraße), die [illegible]

[illegible] auf Antrag allgemeiner Wissenschaft zu pflegen [illegible] und der Stadtbibliothek, die sich aber über[illegible] Dresdner Sächsische Stadtgeschichte sowie [illegible] [illegible]

[illegible]

Lehrfilme

Es ist auch von uns schon wiederholt auf die Bedeutung des [illegible] für den praktischen Schulunterricht hingewiesen worden. Der [illegible] wissenschaftliche Film, wie er schon seit Jahren im üblichen Filmprogramm des [illegible] Lichtspielhauses als Beigabe gezeigt, aber [illegible] nur wenig beachtet wird, dürfte im Laufe der Jahre zu den [illegible] Unterrichtsmitteln jeder Schule gehören.

Um nun allen Interessenten und vor allem Lehrern und [illegible] die praktische An- und Verwendung des Schulkinos [illegible] sowie des Projektionsapparats zu zeigen, veranstaltet die Gesellschaft für Heimlichtspiele, [illegible] in ihren Räumen eine Ausstellung aller in Frage kommenden Apparate. Ein Rundgang durch die Ausstellung zeigt die [illegible] Fortschritte, die im letzten Jahre auf diesem Gebiete gemacht wurden. Ein Projektionsmikroskop der [illegible] ermöglicht es heute, das noch so winzige und feine Präparat in einer [illegible] die [illegible] Vergrößerung auf die Leinwand zu werfen. [illegible]

[illegible]

Das Elend der Arbeitsinvaliden

Die Dresdner Arbeits-, Alters- und Invaliden[illegible] [illegible]

[illegible] Vergütung von 10 M. für das Stück gewährt worden. Es wurde anerkannt, daß der Stadtrat den Arbeitern [illegible] zur Seite stehe, daß man sich aber mit [illegible]

[illegible]

Es wurde dann noch eine Entschließung [illegible] der Arbeitsinvaliden [illegible] die freiwilligen Beiträge zur [illegible] zu entrichten.

Die Großhandelserlaubnis entzogen. Die Firma A. Böttcher & Co., Dresden, die bekanntlich in der jüngsten Getreideschieberangelegenheit viel von sich reden gemacht hat und gegen deren Inhaber, der in Untersuchungshaft sitzt, ein Strafverfahren wegen [illegible] und Wucher eingeleitet ist, hatte im Jahre 1920 auch von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt die Erlaubnis bekommen für ein ähnliches Unternehmen in [illegible]. [illegible] Der Bezirksausschuß hat dem zugestimmt.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Nach einer Verfügung der Landesversicherungsanstalt Sachsen vom 31. Dezember 1920 werden vom 1. Januar 1921 an zu den Renten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung neben den durch das Gesetz vom 20. Mai 1920 eingeführten Zulagen weitere außerordentliche Beihilfen gewährt, und zwar von monatlich je 40 M. für die Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrente, sowie die Witwenkrankenrente und monatlich 20 M. für jede Waisenrente. Alles Weitere, so die Festlegung, Einhebung vom Arbeitgeber, siehe in der Bekanntmachung.

Kriegerfürsorge. Ueber die Verwendung der Mittel des sogenannten [illegible] bei den Reichsarbeitsministerium [illegible] neue Bestimmungen erlassen. Unterstützungen aus dem [illegible] für die Zukunft nur noch folgenden Personen bewilligt werden: An Rentenempfänger und Kriegsrentenempfänger aus den Feldzügen vor 1914 und an [illegible] [illegible]

Von der Straßenbahn. Die unter dem gegenwärtigen neuen Straßenbahntarif zum Verkauf gelangenden Karten und Fahrscheine haben noch vielfach einen früheren, nicht mehr gültigen Werteindruck. Sie dürfen trotzdem aber nur zu den Preisen des jetzt geltenden Tarifs verkauft werden [illegible] Die früheren, im neuen Tarif nicht mehr enthaltenen [illegible] und 30er-Karten werden auf Wunsch weiter verkauft, [illegible] und zwar zum doppelten Preise einer Karte zu 12 oder 25 Fahrten.

Unfallverletzte Geburts- und Krankheitskrüppel, welche Anspruch auf Fahrpreisermäßigung der Straßenbahn im Stadtbezirk beanspruchen, wollen Rentenbescheid, Arbeitsbescheinigung unter Angabe der benutzten Linie, umgehend an die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden-Ortsgruppe Groß-Dresden, [illegible] Straße 10, abgeben. Sprechzeit nachmittags von 5 bis 7 Uhr. Die Angelegenheit ist dringend, darum bitten wir um Beschleunigung.

Stenographie. Unterricht in Stenographie [illegible]

Der vorbereitende Ausschuß der 15. Volksschule. [illegible] gibt bekannt, daß am 10. Januar, abends 7 Uhr, in der Turnhalle die Elternversammlung stattfindet, die die Wahl des Elternrats vornimmt. Es ist beschlossen worden, mittels Verhältniswahl zu wählen. [illegible]

Für den Haushalt. Ueber eine Nährmittelverteilung in Dresden und über die Belieferung der Bonnen [illegible] enthalten das Nähere [illegible]

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Bezirksgruppe Dresden-Neustadt. [illegible]

Reichsverband der Kriegsbeschädigten, Bezirk Cotta. [illegible]

Vermischte Nachrichten. [illegible] Im Monat Dezember 1920 sind bei der Sparkasse der Stadt Dresden [illegible] eingezahlt und 16 101 489 M. zurückgezahlt worden, demnach 3 951 629 M. [illegible]

[illegible] Eine 16 Jahre alte Tochter im einer an der [illegible] hatte am Mittwoch eine [illegible] [illegible] zu sich genommen und die Gesinnung verloren. [illegible]

Dresdner Umgebung

Die Verschmelzung von Rochwitz mit Loschwitz

Das Ortsgesetz der Vereinigung der Gemeinde Rochwitz [illegible] beschäftigte am Mittwoch den [illegible] Aus den Ausführungen des Berichterstatters [illegible] das Ortsgesetz genehmigt habe [illegible] die Gemeindeverordnetenversammlung in Rochwitz [illegible]

[illegible]

Streik bei Siemens in Döhlen

[illegible]

Cölln. Gegen Rückfalldiebstahl wurde [illegible] zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zaukerode. [illegible]

Radeberg. [illegible]

Aus dem Parteileben

Kinderschutzkommission Leuchnerberg. [illegible]

Dresden-Neustadt. 1. Bezirk. Heute Donnerstag [illegible] Uhr, wichtige Sitzung [illegible]

Laubegast. Die nächste Mitgliederversammlung findet [illegible] den 11. Januar, abends 7½ Uhr, im Restaurant [illegible] statt. [illegible] erwartet die Bezirksleitung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: [illegible] Dresden; für den Inseratenteil: [illegible] Dresden. Druck und Verlag: Kaden u. Comp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210106/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Wirtschaftsleben

Der Reichsbankausweis vom 23. Dezember 1920 hat eine Zunahme des Umlaufs an Banknoten und Darlehenskassenscheinen von über 2 Milliarden ergeben. Im ganzen beträgt der Umlauf an Noten und Darlehenskassenscheinen jetzt 79,21 Milliarden Mark. Wir sind also bald bei einem Papiergeldumlauf von 80 Milliarden Mark angelangt. Eine Höhe, die voraussichtlich am Anfang dieses Jahres erreicht sein wird. Wenn auch ein Anschwellen des Papiergeldumlaufes zum Jahresschluß zu erwarten war, so zeigt doch die jetzt erreichte Höhe unserer Papiergeldmenge, wie zerrüttet unsere ganzen finanziellen Verhältnisse sind.

In den letzten Tagen haben die dem

Elektromontankonzern

angehörenden Unternehmungen ihre Generalversammlungen abgehalten. Die Spitzengesellschaft des Konzerns soll in Zukunft den Namen Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union führen. Ihr Kapital ist von 900 Millionen auf 517 Millionen M. erhöht worden. In der Generalversammlung von Siemens u. Halske, A.-G., führte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, C. F. v. Siemens, aus, die Gesellschaft sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die vertikale Orientierung unter den gegenwärtigen Umständen erforderlich sei, da es in den heutigen Zeiten für die Hersteller der Rohstoffe und des Halbfabrikates notwendig sei, sich noch intensiver als bisher mit der Weiterverarbeitung des Materials zu befassen. Das geringe Material, das wir unserem Boden entnehmen können, müßte in höchst veredeltem oder weiter verarbeitetem Zustande auf den Weltmarkt gebracht werden. Die Tendenz des Interessengemeinschaftsvertrages der dem Konzern angeschlossenen Unternehmungen sei es, daß sämtliche Gesellschaften nur ein gemeinsames wirtschaftliches Endziel haben sollten. Die Handlungsfreiheit der einzelnen Glieder soll aber erhalten bleiben, und das Zusammenarbeiten durch einen Austausch von Vorstandsmitgliedern erreicht werden. Die Vertragspartner hätten sich dahin geeinigt, mit gleichen Anteilen an den Erträgen teilzunehmen, nur die Firma Schuckert erhalte an Stelle einer Vollquote eine solche von 0,45. Da der Bedarf nach neuen Betriebsmitteln voraussichtlich noch sehr groß sein würde, sollen ebenso wie bei Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg bei Siemens u. Halske 150 Millionen M. Vorzugsaktien geschaffen werden. Bei den anderen Gesellschaften sollen die Vorzugsaktien zum Teil zum Schutze gegen Ueberfremdung benutzt werden. Außerdem soll der Gleichmäßigkeit halber das Stammkapital von 126 auf 180 Millionen erhöht werden. Die Anträge auf Erhöhung des Kapitals wurden angenommen, die Vorzugsaktien werden mit einer Dividende von 6 Prozent ausgestattet. Bei der Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. wurde ebenfalls beschlossen, das Grundkapital durch Ausgabe von 70 Millionen M. mit 6 Prozent Dividende ausgestatteten Vorzugsaktien zu erhöhen, und auch in der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft wurde die Ausgabe von [illegible] Millionen Mark Vorzugsaktien beschlossen, auf die zunächst [illegible] Prozent einzuzahlen sind. Die Begebung der Vorzugsaktien [illegible] wird mitgeteilt, für absehbare Zeit nicht beabsichtigt. Es handelt sich hier nur um eine Vorsichtsmaßregel gegen Ueberfremdung und die Vorzugsaktien werden von den Vertragspartnern, deren Interessengemeinschaft zusammen mit den den Unternehmungen nahestehenden Banken übernommen.

Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksaktiengesellschaft legt ihren Bericht für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. September 1920 vor. Für das Jahr 1918/19 sollen 11 Prozent, und für das Jahr 1919/20 12 Prozent Dividende gezahlt werden, während im letzten Kriegsjahre 1917/18 10 Prozent ausgeschüttet wurden. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September, für die wegen der Vereinheitlichung mit dem Geschäftsjahr der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft eine Zwischenbilanz aufgestellt wird, kommen 3 Prozent Dividende zur Verteilung. Infolge des Kohlenmangels sind von den 12 Hochöfen der Gesellschaft nur 5 in Betrieb, der Auftragsbestand aber ist befriedigend.

Die Mitteilungen, die über die Vorgänge in unserer Industrie kommen, zeigen, daß man anderwärts in immer größerem Umfange denselben Weg geht, wie von den Herren Stinnes und Siemens bei der Errichtung des Elektromontankonzerns gegangen worden sind. So ist eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden zwischen der Essener Steinkohlenbergwerksgesellschaft, der Bergwerksaktiengesellschaft Lothringen und der Firma

Henschel u. Sohn in Kassel.

Die Bergwerksaktiengesellschaft Lothringen sowie der Essener Steinkohlenbergwerke bringen ihren gesamten Besitz in die Interessengemeinschaft ein, während Henschel u. Sohn ihre Lokomotivenfabrik aus der Interessengemeinschaft ausscheidet, aber die Steinrichshütte und die Niederschelder Hütte einbringt. Zwischen der Lokomotivenfabrik und der Interessengemeinschaft wird für die Dauer von 50 Jahren ein Lieferungsvertrag abgeschlossen. Die Gewinne der drei an der Interessengemeinschaft beteiligten Unternehmungen werden zusammengeworfen und dann zu drei gleichen Teilen verteilt. Das Organ der Interessengemeinschaft ist ein Gemeinschaftsrat, der aus den Vertretern der Gesellschaft zusammengesetzt ist.

Die Generalversammlung der

Phönix-Aktiengesellschaft

hat einer Interessengemeinschaft mit der Gewerkschaft Zollverein auf die Dauer von 50 Jahren und der Erhöhung des Aktienkapitals um 60 Millionen auf 196 Millionen Mark zugestimmt. Der Abschluß der Interessengemeinschaft soll, wie der Vorsitzende des Aufsichtsrates mitteilte, besonders dazu dienen, dem Phönix die Verfügung über genügend Fettkohle zu sichern, [illegible] der es ihm bisher gefehlt habe.

Der Aufsichtsrat der

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, Aktiengesellschaft,

beschloß, der Generalversammlung eine Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von 30 Millionen auf 80 Millionen Mark vorzuschlagen. Die jungen Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank übernommen. Der Erlös der Aktien soll zur Verstärkung der Betriebsmittel und zur Kapitalerweiterung der Hüttenwerke Phil. Seiler, A.-G., dienen. 8 Millionen M. Aktien sollen dem Austausch gegen Aktien [illegible] 11 200 000 Mark sollen den alten Aktionären von Hirsch sowie von [illegible] zu 150 Prozent im Verhältnis von 5 zu 1 zum Bezuge angeboten werden. Den Rest übernimmt die Großaktionärin der Gesellschaft, die Firma Aron Hirsch u. Co. Zwischen der Aktiengesellschaft und der genannten Firma wird ein Vertrag über eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, der den Einkauf von Rohmetallen wie auch den Verkauf der Ueberschüsse an produzierten Metallen fördern soll. Zur weiteren Verstärkung des Betriebskapitals der Gesellschaft sollen 50 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen ausgegeben werden.

Angeblich zum Schutze gegen die Ueberfremdung hat auch die Generalversammlung der

Dynamitaktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel

die Ausgabe von 30 Millionen M. Sprozentiger Vorzugsaktien beschlossen. Die Vorzugsaktien werden von der Firma G. m. b. H. übernommen, die gemeinschaftlich von dem Nobelkonzern und dem Köln-Rottweiler Aktiengesellschaftskonzern ins Leben gerufen ist. Zur Begründung erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, es bestehe die Gefahr, daß ausländische Gesellschaften auf die Nobel-Dynamitaktiengesellschaft Einfluß bekämen. Die Vorzugsaktien hätten auch den Vorteil, daß sie nach Beseitigung der Ueberfremdungsgefahr jederzeit die Möglichkeit böten, flüssige Mittel der Gesellschaft zu beschaffen. Es wurde dann weiter in der Generalversammlung mitgeteilt, die Gesellschaft habe verschiedene neue aussichtsreiche Fabrikationszweige aufgenommen. Da wissenschaftlich festgestellt sei, daß die Herstellung von künstlichen Diamanten möglich sei, habe man die Angebote verschiedener Erfinder nicht zurückgewiesen. Es würden Versuche mit einigen Patenten in den Laboratorien der Gesellschaft gemacht.

Die Hamburg-Amerikalinie

hat auf den 11. Januar eine Generalversammlung einberufen, in der ebenfalls über die Ausgabe von 100 Millionen Mark 6prozentiger auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien beschlossen werden soll. Von den neu zu schaffenden Vorzugsaktien sollen 20 Millionen Mark mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ausgetauscht werden. Auch die übrigen 80 Millionen Mark sollen mit anderen Schiffahrtsgesellschaften ausgetauscht werden, mit denen noch Verhandlungen schweben. Die neuen Vorzugsaktien kommen als Mittel der Kapitalbeschaffung nicht in Betracht.

Von einer schweren Krisis ist die

Kaliindustrie

betroffen worden. Bei einer im Thüringischen Landtag besprochenen Interpellation wurde festgestellt, daß im Werra- und Fuldagebiet zehn Kalischächte stillgelegt worden sind, daß zahlreiche Arbeiter entlassen werden mußten. Die Weimarische Regierung betonte bei der Beantwortung der Interpellation, die Kaliindustrie sei an der ungünstigen Lage nicht schuldlos. Die Herren von der Kaliindustrie haben im vergangenen Jahre gewaltige Gewinne eingeheimst, die allerdings angeblich aus Auslandsverkäufen rühren sollen. Wären aber diese Gewinne zu einer gebührenden Verbilligung der Inlandspreise benutzt worden, so würde wahrscheinlich der Absatz nicht in dem Maße sinken und die Krise könnte nicht einen derartigen Umfang annehmen.

Nach einer in Amerika aufgestellten Statistik sind in der Zeit vom Januar 1915 bis Ende Juni 1920 aus Deutschland nach Amerika Waren im Werte von [illegible] Millionen Dollar eingeführt worden, während der Wert der

amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland

91 Millionen Dollar erreichte. Der Wert der aus Amerika in dieser Zeit eingeführten Waren war also nahezu siebenmal so groß wie der Wert der Ausfuhr von Deutschland nach Amerika. Unsere Handelsbilanz gegenüber Amerika ist also wie unsere gesamte Handelsbilanz in hohem Maße passiv. Tatsachen, wie gefährlich dieser Stand unserer Handelsbilanz für Deutschland ist, ist schon oft genug geschrieben worden. Eine Besserung unserer Handelsbilanz ist außer durch die Verminderung aller überflüssigen Einfuhr vor allen Dingen dadurch möglich, daß wir unsere Ausfuhr steigern.

Vor dem Kriege war es der deutschen Industrie und dem deutschen Handel gelungen, immer mehr Absatzgebiete für unsere Waren zu finden, weil die Beschaffenheit der deutschen Waren sehr gut war. Jetzt aber kommen aus dem Ausland viele Klagen darüber, daß Deutschland nicht nur teuer, sondern auch unzuverlässig und schlecht liefert. In einer Zuschrift der Britischen Zeitung aus Buenos Aires wird berichtet, daß das Urteil dieser Stadt vernichtend über den deutschen Aktienmarkt [illegible] sei. In diesem [illegible] Exporteure über die Lieferung vergleiche sich nun es [illegible] mit den deutschen Firmen Waren nach Südamerika geliefert, die in der Qualität weit hinter den Erwartungen zurückblieb und dem Muster nicht entsprächen. Dazu käme noch, daß die Muster sich dauernd bei der Lieferung unterschieden, so daß der ausländische Kunde oft einfach betrogen fühle. Die Folge sei ein fast völliges Verschwinden des Vertrauens in die deutsche Zuverlässigkeit und daß sei für Deutschland um so schädlicher, als seine Hauptkonkurrenten in Südamerika, die Vereinigten Staaten und England, sich bemühten, den vor dem Kriege auch vom deutschen Außenhandel befolgten Grundsätzen solider Lieferung nachzukommen. Dringend notwendig sei auch eine Verbesserung der deutschen Einfuhr. England und Amerika seien während des Krieges außerordentlich fortgeschritten, während Deutschland vielfach noch an den alten Modellen hängen geblieben sei.

Es ist zweifellos eine schwere Gefahr für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, wenn unsere Waren sich nicht mehr in ihrer Qualität mit amerikanischen und englischen Waren messen können. Deutschland kann seine verlorene Stellung auf dem Weltmarkt nur dann wieder gewinnen, wenn es den Abnehmern Waren von sehr guter Beschaffenheit liefert. Arbeiter und Unternehmer müssen alles tun, um die Qualität der deutschen Waren wieder zu verbessern.

Den Wiederaufbau

der deutschen Seeschiffahrt

macht, wie in dem Bericht der Hamburger Handelskammer hervorgehoben wird, nur langsame Fortschritte. Die Lage Deutschlands ist dadurch etwas erleichtert, daß die Entente die zu liefernden Neubauten von 200 000 Tonnen in diesem Jahre auf 75 000 Tonnen herabgesetzt hat, deren Ablieferung auch noch nicht erfolgt ist. In der ersten Hälfte des Jahres war die Materialbelieferung der Werften seitens der Stahlwerke unzulänglich, solange bis die Preisentwicklung den Export für Schiffsbaustahl nicht mehr wünschenswert erscheinen ließ. Hier zeigt sich wieder, zu welchen schweren Schädigungen unserer Volkswirtschaft privatkapitalistische Profitsucht führt. Trotzdem ein Wiederaufbau unserer Handelsflotte für unser ganzes Volk so dringend notwendig ist, ist es möglich, daß deutsches Schiffsbaumaterial nach dem Ausland geht, während unsere Schiffsbauindustrie Mangel leidet. Ein Vorstandsmitglied der Hamburg-Amerika-Linie teilte in einer Unterredung mit einem ausländischen Korrespondenten mit, daß beabsichtigt sei, alle deutschen Schiffahrtsunternehmen zusammen zu fassen, um die durch den Friedensvertrag verlorene Stellung Deutschlands als seefahrende Nation zurückzugewinnen. Sowohl die privaten wie die früheren Staatswerften sollen in einer Vereinigung zusammengefaßt werden. Ein Schritt dazu müßte von der Regierung Zusammenarbeit für alle Schiffswerften für Deutschland erhalten, um sofort mit dem Bau von neuen Schiffen zu beginnen und zwar würde es deutlich sein, sich auf den Bau der neuen Typen zu beschränken. Zur Zeit betrugen die Höchstleistungen der deutschen Werften auf 750 000 Tonnen pro Jahr. Nach den Plänen würden im ersten Jahre der beabsichtigten Betriebsgemeinschaft 1,5 Millionen Tonnen, im zweiten Jahre eine erheblich größere Tonnenzahl und im dritten Jahre 3 Millionen Tonnen Schiffsraum gebaut. Es könne dadurch erreicht werden, daß wir innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren eine größere Handelsflotte als vor dem Kriege für Deutschland haben würden.

Gewerkschaftsbewegung

Französisches Bier für deutsche Spießer

Vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben:

In einigen Restaurants in Meißen und Dresden (Gönnickschänke) wird zur Zeit ein 13prozentiges Bier ausgeschenkt. Es mußte natürlich die Brauereiarbeiter interessieren, wie das zugehen kann, da doch in Deutschland nur ein Bier bis 8 Prozent gebraut werden darf. Nach eingezogenen Erkundigungen konnten wir feststellen, daß dieses Bier aus der Stephansbrauerei in Straßburg ist. Es handelt sich also um französisches Bier. Zahlungsfähige Patrioten, die sich sonst in Worten nie genug tun können, in der Betonung ihrer nationalen Gesinnung, trinken aber dieses Bier, denn ein Arbeiter kann nicht über 4 M. für ein Glas Bier ausgeben. Schon der Ursprung des Bieres müßte die Biertrinker veranlassen, die Spießer, die hier an dem weiteren Niedergange der deutschen Valuta mitarbeiten, ihr Bier selbst trinken zu lassen.

Wenn wir uns hier zum Wort melden, so geschieht es aber auch, um im Interesse der Brauereiarbeiter an das biertrinkende Publikum zu appellieren, die einheimischen Produkte zu bevorzugen, weil die Brauindustrie schwer darniederliegt und bereits Tausende von Brauereien stillgelegt wurden. Die dort beschäftigten Arbeiter wurden brotlos. Auch hier in Dresden sind mehrere Brauereien stillgelegt worden und jetzt wird wieder eine Großbrauerei (Hofbräuhaus) stillgelegt. Wenn auch die dort beschäftigten Arbeitnehmer, die nicht mit übernommen werden, das sind zwei Drittel, eine Entschädigung laut Bierkrawerordnung erhalten müssen und bei den gepflogenen Verhandlungen durch die Organisationen noch über die gesetzliche Entschädigung hinaus etwas erreicht wurde, so ist doch immerhin für diese Arbeiter, wenn die Summe aufgebraucht ist, dann Not im Hause.

Bei den heutigen Zeiten ist eine derartige Entschädigung nur zu schnell aufgebraucht und Arbeit in Berufe nicht zu erhalten. Es ist darum nicht nur patriotische Pflicht, sondern die Selbsterhaltung des deutschen Volkes verlangt es, daß derartige fremde Biere nicht konsumiert werden, sondern daß man das einheimische Produkt bevorzugt. Dieses fremde Bier ist womöglich noch aus der verschobenen deutschen Gerste hergestellt, man hat diese Gerste den hiesigen Brauereien entkauft wurde. Von der deutschen Reichsregierung muß man aber verlangen, daß sie die Einfuhr derartigen Bieres schon aus volkswirtschaftlichen und Valutagründen unterbindet. Die „Patrioten“ mögen nur das einheimische Bier genießen, so wie es der Minderbemittelte auch tut.

Achtung, Musiker! Im Gasthof Obergohlis sind Streikbrecher tätig. Das werktätige Publikum wird gebeten, das Lokal zu meiden und die Forderungen der organisierten Musiker zu unterstützen.

In der ostpreußischen Landwirtschaft droht eine neue Arbeiterbewegung in Gang zu kommen. Der Deutsche Landarbeiterverband ließ auf den Gütern sämtliche Tarife kündigen. Darauf sollen die Gutsbesitzer mit Massenkündigungen geantwortet haben.

Die Streikenden der Südbahn und Staatsbahn in Graz beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit, da ihre Forderungen bewilligt wurden.

Die Vertrauensmänner der Südbahn in Wien beschlossen, nicht sofort in den Ausstand zu treten, sondern bis zur Vollversammlung am Freitag zu warten. Die Staatseisenbahner und Südbahner in Graz beschlossen, den Lebensmittelzugverkehr sofort wieder aufzunehmen.

Frisch eingetroffen!
Feinste Margarine Pfd. 13,40 M.
Wilhelm Odenwald
Wilsdruffer Str. 19 Dresden Wilsdruffer Str. 19

Ernst Nessler Nchf.
Kolonialwaren
Wettinerstr. 7, nahe Postplatz
Kaffee, 24.00
Deutschen Kakao 18.00
Brasil-Vollreis 4.25
Hirse, 3.90
Speisesirup 2.90
Erdnußöl, 18.50
Weiße Nudeln 8.00

HR
Strickgarn
pa. baumwollenes
Richter
Aepfel!

W. Gaumitz
Dresden-A.

Billig! Billig!
Ia Schweineschmalz 18.
Ia Tafel Margarine 14.
Ia Kokosfett 16
Ia Rindertalg 17.–
Ia geläuterter Talg 20.
Ia Speise- u. Backmohn 8.
Ia Korinthen 12.
Ia Sultania-Rosinen 20.50
Ia Kondens. Milch 12.
Panin-Kindernährmittel 3.50
Ia Speisefett 17.
Nur Flemmingstr. 3, Ecke [illegible]
Altlöbtau 1.

Spülapparate
Spritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol“, Kreuzsalbe, sanitäre Frauenartikel
Frau Heusinger, Am See 37.

Leben · Wissen · Kunst

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

[illegible]

„Wir werden bald Siege und Eroberungen brauchen, [illegible]"

[illegible]

„Durchaus nicht."

[illegible]

[illegible] Julie hatte gegen Evariste Gamelin anfangs Abneigung [illegible]

empfunden; [illegible] Stellung in dem Modegeschäft in der [illegible] einem Modesalon in [illegible] Edelmannes, dessen Namen sie trug, [illegible] in ihrer Tracht [illegible] die Jakobinern begegnet [illegible]

„Wo ist Elodie?" fragte die Bürgerin [illegible]

[illegible]

Im [illegible] gefängnis hatte die Thévenin die Bekanntschaft eines großen Armeelieferanten, des Bürgers Montfort, gemacht. [illegible]

[illegible] Während der Akte [illegible] werden die Ausdünstungen dieses Bodens der heißen Stadt [illegible] (Schluß folgt.)

Die Arbeiterjugendbewegung im Jahre 1920

70 000 Mitglieder, 850 Vereine, 1000 Gruppen

Kaum einenhalb Jahre sind verflossen, seitdem an Stelle der [illegible] Vereinigungen unserer Bewegung der „Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands" getreten ist. [illegible]

[illegible]

Das Jahr 1919 [illegible] Mitgliederzahlen [illegible]

[illegible]

[illegible] „Das Weimar der arbeitenden Jugend" [illegible] Hauptvorstand des Verbandes [illegible]

Es wird eine Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein, [illegible] Arbeiterjugend zu helfen. [illegible]

Aug. Albrecht, [illegible]

Sport · Spiel · Körperpflege

Fußballabteilung Pottschappel. [illegible]

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. [illegible] Heute Donnerstag, 8 Uhr [illegible]

[illegible]

Bekanntmachung

betr. Einführung einer Grundgebührenordnung für das Schornsteinfegergewerbe im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt mit Wirkung vom 1. Juli 1920.

[illegible]

Grundgebührenordnung
für das Schornsteinfegergewerbe

[illegible]

Dresden-Neustadt, am 6. Dezember 1920.

[illegible]

Dresden-Neustadt, den 4. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Nährmittelverteilung.

[illegible]

Dresden, am 5. Januar 1921. Der Rat zu Dresden.

Belieferung der Binnenschiffer mit ausländischem Weizenmehl.

[illegible]

[illegible] Der Rat zu Dresden.

Bekanntmachung.

[illegible] vom 31. Dezember 1920 werden vom 1. Januar 1921 an [illegible] Renten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung [illegible] durch das Gesetz vom 20. Mai 1920 eingeführten Zulagen [illegible]

[illegible]

Dresden, am 5. Januar 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Dresden

[illegible], Vorsitzender.

Margarine

Pfd. 10.50 M.

[illegible]